

Potsdams] andere [Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

Januar 2012

Nr. 01 · 8. Jahrgang

Links informiert

3 Von der 2. Tagung des 3. Parteitages berichtet

Potsdam-West/Ortsteile

6–8 Verkehrsfragen/Wohnprojekt/„Westkurve“/Neuer Buchladen

Antifa

11 Walter Ruge geehrt/ Antifa-„Waldstadtpaziergang“



Neubau trotz Bürgerwut

Jahrelange Proteste halfen nicht – edle Wohnungen entstehen, Parkplätze und Stadtgrün weichen.

Bereits seit geraumer Zeit bewegt die Bewohner des Potsdamer Kiewitt das Problem. Gemeint sind die rund 50 verschwundenen Parkplätze an der Wendeschleife des Wohngebietes und die gleich mit geopfert jungen Bäume an dieser Stelle. Dafür wachsen nun – trotz des jahrelangen Protestes der dort wohnenden BürgerInnen – zwei Würfelhäuser am Wasser mit 32 Eigentumswohnungen mit allem Luxus in die Höhe.

Bernhard Heimann bemerkt sarkastisch: „Im Werbeflyer hat die zuständige Immobilienfirma u. a. damit gelockt, dass für die künftigen

Eigner keine ewige Parkplatzsuche anfallt. Denn von der Tiefgarage käme man bequem und schnell in die Wohnung. Was die angestammten Kiewitt-Bewohner bei den durch den Neubau weggefallenen Parkplätzen machen, interessiert keinen. Und deshalb sind wir sauer!“

Die Parkplatzsituation war schon lange ein großes Problem im Wohngebiet. Wie das Problem in Zukunft zu lösen sei, weiß niemand. Denn schon heute ist der Kiez abends mit parkenden Autos völlig überbelegt. Einige Fahrzeuge parken schon auf den Grünflächen. „Wir wissen nicht, was uns die Zukunft bringen wird!“, erklärt Bernhard Heimann.

DIE LINKE.Potsdam fordert: Vielfalt im Gedenken

DIE LINKE.Potsdam tritt für eine ausgewogene und differenzierte Gedenkkultur ein, die alle Facetten der Stadtgeschichte beleuchtet und nicht nur bestimmte, momentan opportunistisch erscheinende Ereignisse und Personen. Wir wenden uns ausdrücklich dagegen, dass einseitige Zeugnisse und Lebensleistungen insbesondere der revolutionären und Arbeiterbewegung aus dem öffentlichen Raum

und damit aus dem städtischen Bewusstsein getilgt werden. Wir fordern, dass sich die Verantwortlichen der Stadt Potsdam von einem einseitigen Geschichtsbild lösen und der städtischen Gedenkkultur eine differenzierte Gesamtsicht der Geschichte zu Grunde legen. (Dieser Beschluss wurde auf der 2. Tagung des 3. Parteitages im Dezember 2011 einstimmig gefasst).

Potsdam feiert den 300. Geburtstag Friedrichs II.

Das Jubiläumsjahr »Friedrich 300«, das 2012 an zahlreichen Orten in Brandenburg mit vielseitigen Veranstaltungen begangen wird, erlebt gleich zu Beginn in der Landeshauptstadt Potsdam einen Höhepunkt: Vom 12. bis 24. Januar 2012 organisiert Kulturland Brandenburg in Kooperation mit vielen Partnern ein »Fest für Friedrich«, das allen Potsdamern und ihren Gästen ein

hochkarätiges Kulturprogramm bietet. Es sind zahlreiche Veranstaltungen geplant, wie z.B. Ausstellungen, Theater- und Opernaufführungen, Lesungen, Kabarett, bildende Kunst, Illuminationen und vieles mehr. Höhepunkt der Festivitäten ist ein öffentliches Geburtstagsfest am 24. Januar an verschiedenen Orten in der historischen Innenstadt.



LINKE: Kürzungen auf dem Arbeitsmarkt stoppen

Obwohl beim Jobcenter Potsdam die Zahl der arbeitslosen Hartz IV-Bezieherinnen und Bezieher nur um 3,8 Prozent abgenommen hat, sind die Maßnahmen für berufliche Weiterbildung im Hartz IV-Bereich um 15 Prozent zurückgegangen.

„Diese Kürzung ist die völlig falsche Antwort auf die Arbeitsmarktprobleme und die verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit. Die Bundesregierung muss ihren arbeitsmarktpolitischen Kahlschlag endlich einstellen“, erklärt der Kreisvorsitzende der LINKEN Sascha Krämer zu den abschließenden Haushaltsberatungen im Bundestag für das Jahr 2012 und ihren Auswirkungen auf die Stadt Potsdam.

Nach einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der LINKEN (Bundestagsdrucksache 17/7614) ist beim Jobcenter Potsdam die Zahl der arbeitslosen Hartz IV-Bezieherinnen und Bezieher vom Oktober 2010 zum Oktober 2011 von 4748 auf 4540 gesunken. Ein Minus von 4,4 Prozent. Die Maßnahmen für berufliche Weiterbildung im Hartz IV-Bereich verzeichnen dagegen einen Rückgang von 15 Prozent. Im Sommer dieses Jahres gab es beim Jobcenter Potsdam 176 Teilnehmerinnen und Teilnehmer an solchen Maßnahmen, im Juli 2010 waren es dagegen noch 207. Die Ausgaben sanken um 47.071 Euro.

Das sind die Folgen der Sparpolitik der Bundesregierung, vor de-

nen DIE LINKE gewarnt hat. Milliardenhilfen für die Banken und Kürzungen für die Erwerbslosen. Das ist nicht hinnehmbar.

DIE LINKE fordert einen Stopp der geplanten Kürzungen bei der Arbeitsmarktpolitik und ein staatliches Investitionsprogramm, um mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Millionen Menschen hoffen auf

einen Einstieg am Arbeitsmarkt. Gemeinsam mit Gewerkschaften, Sozialverbänden und vielen anderen Initiativen unterstützt die Fraktion DIE LINKE im Bundestag den Aufruf „Arbeitsmarktpolitik für alle“, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, die Kürzungen bei der aktiven Arbeitsmarktförderung rückgängig zu machen.

Luxemburg-Liebkecht-Ehrung 2012 zum 93. Jahrestag ihrer Ermordung

In Berlin: Am Sonntag, dem 15. Januar 2012, 9.00 Uhr, mit einer Demonstration und stillem Gedenken an der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde.

In Potsdam: Am Sonntag, 22. Januar 2012, 11.00 Uhr im Lustgarten am Denkmal „Herz und Flamme der Revolution“.

Auf ein Wort...



Auf gutem Wege...

Von Sascha Krämer, Kreisvorsitzender DIE LINKE.Potsdam

Ein ereignisreiches Jahr 2011 liegt hinter uns. DIE LINKE will ein Potsdam mit allen für alle – das heißt eine Stadtentwicklung, die den Norden und den Süden, die ländlichen Regionen und die Innenstadt mitdenkt, die Politik mit den Menschen für die Menschen macht – die LINKE ist da, um die Interessen der Bürger zu artikulieren. DIE LINKE ist konstruktive Opposition bei einer Ratskooperation, deren Antrieb einzig und allein der Machterhalt und persönliche Reputation sind.

Wir haben uns in unserem Programm dazu bekannt, dass wir eine andere, eine neue Art der Politik machen wollen, eine Politik der Beteiligung, eine Politik der Transparenz und der Offenheit. Das müssen wir natürlich als Partei vorleben, sonst glaubt uns das keiner in der Gesellschaft. Und ich denke, wir als Potsdamer LINKE sind auf einem guten Weg dahin.

Marx und Engels haben in ihrem Manifest vor mehr als 150 Jahren eine Gesellschaft beschrieben, in der sich Klassenlosigkeit durchgesetzt hat, in der soziale Gerechtigkeit herrscht, in der es für alle die gleichen Bildungschancen gibt. Eine emanzipierte Gesellschaft, „in der die Freiheit des Einzel-

(Fortsetzung auf SEITE 2)

(Fortsetzung von SEITE 1)

nen Voraussetzung der Freiheit für alle ist“. Das ist doch wirklich eine gute Vision... für diese Stadt, für dieses Land und auch darüber hinaus. Packen wir es zusammen an!



„Ein Prozess gegen den Klassenfeind“

„Der Fall Modrow“ – Strafrecht kann keine Geschichte aufarbeiten/Eine Veranstaltung der RLS Brandenburg

95,81 Prozent für das neue Parteiprogramm der LINKEN

Das Ergebnis des Mitgliederentscheids steht fest: 32.728 Ja-Stimmen, das entspricht 95,81 Prozent, wurden für das neue Parteiprogramm abgegeben. Es gab 668 Nein-Stimmen (1,96 Prozent) und 764 Enthaltungen (2,24 Prozent). 39 Stimmen waren ungültig. Insgesamt haben sich 34.199 von 69.886 Mitgliedern an dem Mitgliederentscheid beteiligt, das entspricht 48,86 Prozent.

IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“

Die Linke Monatszeitung für die Landeshauptstadt.

HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE Potsdam; **Sascha Krämer**, Vorsitzender. Alleestraße 3, 14469 Potsdam.

REDAKTION: medienpunkt potsdam; Hessestraße 5, 14469 Potsdam

Bernd Martin (V.i.S.d.P.); **Rainer Dyk**, Redakteur; **H. Jo. Eggstein**, Layout; **Jens Hörnig**, Reisen, Service; **Gerlinde Krahnert**, freie Mitarbeit; **Renate Frenz**, Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 20 01 89-70; Fax: -71; email: pas.redaktion@gmx.net;

ANZEIGEN: Sekretariat.

BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00

„PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.

Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrer Kürzungen vor.

BILDAUTOREN: Redaktion, Archiv

DRUCK: Nordost-Druck GmbH Neubrandenburg.

Es war ein Ausflug in eine bewegte Zeit, auf den Prof. Dr. Rosmarie Will die Zuschauer im vollbesetzten Filmmuseum mitnahm. Die frühere brandenburgische Verfassungsrichterin und Rechtswissenschaftlerin an der Humboldt Universität zu Berlin stellte in einer Veranstaltung der Rosa Luxemburg Stiftung Brandenburg ihren Film vor, in dem sie in Spielfilmlänge (87 Minuten) den „Fall Modrow“ anhand von dokumentarischen Aufnahmen und vor allem Interviews mit Richtern und Staatsanwälten auf der einen Seite und Hans Modrow und seinem Verteidiger Friedrich Wolff auf der anderen nachzeichnet.

Hans Modrow, seit 1973 Erster Sekretär der Bezirksleitung Dresden der SED, war am 13. November 1989, nach der Abdankung der bisherigen Regierung, zum Vorsitzenden des Ministerrates der DDR gewählt worden und hatte am 17. November eine Regierungserklärung abgegeben, mit der die von der Bevölkerung geforderte demokratische Erneuerung der Gesellschaft in der DDR verwirklicht werden sollte. Gerade mal vier Monate Zeit hatte Modrow mit seiner Regierung bis zur Neuwahl der Volkskammer, die aus den Beratungen der „Regierung der nationalen Verantwortung“ unter Einbeziehung des Runden Tisches für den 18. März 1990 angesetzt worden war. Das Wahlvolk der DDR wählte dann zu 48,18 Prozent die „Allianz für Deutschland“ (CDU, DSU und Demokratischer Aufbruch) und damit nicht nur diesen Begriff, sondern auch einen schnellstmöglichen Anschluss an die Bundesrepublik Deutschland. Am 18. Mai 1990 wurde der Vertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion unterschrieben. Mit Inkrafttreten des Staatsvertrags am 1. Juli 1990 übernahm die DDR die Wirtschafts- und Rechtsordnung der Bundesrepublik schon vor dem Beitritt zur Bundesrepublik am 3. Oktober 1990.

Modrow, dem in seiner Amtszeit als Staatschef der noch souveränen DDR der gebührende Respekt gezollt worden war, wurde ins Visier

genommen. Hatte er als 1. Bezirkssekretär nicht Schuld an Wahlmanipulationen, war er nicht verantwortlich für Polizeiübergriffe in Dresden am 4. und am 8. Oktober 1989?

Die Verfahren, die von 1993 bis 1995 liefen, wollte die Rechtsgelehrte Rosemarie Will, selbst einst SED-Mitglied und seit 1993 in der SPD, näher beleuchten. Aufarbeitung von DDR-Vergangenheit durch bundesdeutsche Justiz: Staatsanwälte und Richter, ausnahmslos aus Bayern und Baden Württemberg zur „Amtshilfe“ in den sächsischen Justizorganen tätig, standen den einstigen „Ossis“ gegenüber, Hans Modrow und seinem Verteidiger Friedrich Wolff – dem man in Anbetracht seiner international beachteten Prozesse, in denen er sowohl Nazi-Kriegsverbrecher als auch Beteiligte des 17. Juni verteidigt hatte, kaum eine DDR-Staatshörigkeit nachsagen kann.

Der erste Prozess wegen Wahlfälschung 1993 geht glimpflich aus für Modrow. Er kann und will sich nicht rausreden, er wusste seit Jahrzehnten, wie Wahlergebnisse nach oben „geschönt“ worden sind, wenn er auch persönlich niemals eine Anweisung dazu gegeben hatte. Der Vorsitzende Richter Rainer Lips würdigt in seinem Urteil die Ehrlichkeit Modrows und die Erklärungen, wie sich die Ergebnismanipulation in der Macht-hierarchie zum Prinzip aufgebaut hatte, ohne dass man Anweisungen geben musste. Modrow wird verwahrt und zur Zahlung einer Geldstrafe für eine soziale Einrichtung verurteilt. Er habe das Urteil akzeptiert, weil er sich seiner Verantwortung gegenüber den Bürgern der DDR stellen wollte. Doch es bleibt nicht dabei. Der Bundesgerichtshof kassiert das Urteil, ein neuer Richter soll ein schärferes Urteil fällen. „Dann war es ganz anders“, sagt Modrow, „ich hatte das Gefühl, es war ein Prozess gegen den Klassenfeind“.

Modrow wird zu einer Freiheitsstrafe verurteilt, die zur Bewährung ausgesetzt wird – und ist somit vorbestraft. Modrow ist der einzige

der 15 Ersten Bezirkssekretäre, die strafrechtlich verantwortlich gemacht wurden. Warum er, warum gerade derjenige, der schon in den achtziger Jahren im Westen als Hoffnungsträger für einen Umschwung in der DDR „hochgeschrieben“ wurde? Verteidiger Wolff sieht politisch motivierte Prozesse. Mit Modrow habe man einen Exponenten der PDS treffen wollen – ihr letzter Ministerpräsident, ein verurteilter Verbrecher.

Das zweite Verfahren 1995 gegen Modrow wegen Meineides sollte ähnlich ablaufen: Richter Lips lehnte die Annahme der Klage sogar ab, die Staatsanwaltschaft protestierte, das Oberlandesgericht ließ die Klage zu. „Wir konnten keine politische Aufarbeitung leisten“, gibt der Staatsanwalt Helmut Renz im Film, also 15 Jahre danach, zu. Für ihn sei es lediglich eine fahrlässige Falschaussage gewesen, sagte er zu dem Fall, dass Modrow vor dem Untersuchungsausschuss des Landtages unter Eid beschworen hatte, dass es keine Sitzung der Bezirkseinsatzleitung gegeben hatte, obwohl jemand eine seiner ständigen Beratungen mit Verantwortlichen in den Krisentagen als Sitzung der Bezirkseinsatzleitung protokolliert hatte. An seine Begründung des Urteils, das auf die bereits ausgesprochene Bewährungsstrafe angerechnet wurde, hatte der Vorsitzende Richter Hans-Peter Kotyrba angeschlossen: „Die Berge kreißen und eine Maus wurde geboren. Ich habe nicht zu verantworten, dass diese Verhandlung stattgefunden hat.“

Kann man politische Verantwortung strafrechtlich messen, noch dazu rückwirkend und mit dem inzwischen bundesdeutschen Strafrecht, waren es nicht eher politische Prozesse gegen Modrow, Siegerjustiz? Die Prozesse – ein Beispiel dafür, was der damalige Justizminister Kinkel schon 1991 auf dem 15. Richtertag forderte: die DDR in jeglicher Weise zu „delegitimieren“?

Rosemarie Will enthält sich im Film jeglichen Kommentars, sie lässt ihre Protagonisten sprechen – und entlässt die Zuschauer mit

einem Konglomerat persönlicher Ansichten von Richtern, Staatsanwälten und dem Angeklagten sowie dem Verteidiger, mit deren biografischen Vorgeschichten und Kommentaren zum bundesdeutschen Strafrecht und mit den Schwierigkeiten der neuen Strafjustiz, sich in DDR-Strukturen und Verhältnisse hineinzudenken.

Im Podium nach der Filmvorführung saßen weitere Juristen: Gregor Gysi, damals Parteivorsitzender der SED/PDS, und Volkmar Schöneburg, Justizminister von Brandenburg. Der spitzfindige Gregor Gysi stellt – ohne die Wahlmanipulationen zu beschönigen – die Frage: Konnte man Wahlen, die eigentlich gar keine waren, überhaupt fälschen, hätte es ein anderes Ergebnis gegeben, wenn die Zahlen nicht „geschönt“ worden wären? Hans Modrow, den der Prozess wegen Meineids offensichtlich persönlich sehr getroffen hat, wagt einen Vergleich mit nachweislichen Falschaussagen des sächsischen Ministerpräsidenten im Untersuchungsausschuss zum Amtsmissbrauch, bei dem die CDU eine Verteidigung (und mögliche Anklage) verhinderte. Der Beispiele politischer Amtsträger, die nicht derartig zur Verantwortung gezogen wurden, gebe es viele. Volkmar Schöneburg relativiert mit Blick auf das Strafrecht der DDR: Differenzierte Urteile in politischen Prozessen seien in der DDR unmöglich gewesen, Wolff und Gysi könnten dies bestätigen. Allerdings: Strafrecht kann keine Geschichte aufarbeiten.

Zeitgeist in Justizurteilen, gibt es ihn?, fragt Detlef Nakath, der Geschäftsführer der Rosa Luxemburg Stiftung Brandenburg, der das Podiumsgespräch leitet. Die anwesenden Juristen sind sich einig: den gibt es. In welcher Weise es ihn auch Anfang der 90er Jahre gab, versucht der Film ansatzweise zu beantworten. Hans Modrow ist überzeugt, dass mindestens nach der Kassation des ersten Urteils die Absicht klar war: die Justiz sollte eingespannt werden bei der allseitigen „Verteufelung der DDR“.

rd

Ein Potsdam mit allen für alle

Aus dem Bericht des Kreisvorstandes an den Kreisparteitag/Von Sascha Krämer, Vorsitzender

Unsere Stadt ist die einzige in Ostdeutschland, die nicht über Bevölkerungsrückgang klagen muss, im Gegenteil, Potsdams Bevölkerung wächst, und sie wird jünger! Die Stadt ist familienfreundlich, der Wohnungsleerstand und die Arbeitslosenquote gering, die Fassaden der Häuser sind schick.

Wozu dann eigentlich noch eine LINKE?

Potsdamer Politik verweigert sich der direkten Beteiligung durch die Bewohner – es geht uns um ein Mehr an Teilhabe! Wohnen in Potsdam wird unbezahlbar; bei Nettokaltmieten ist Potsdam die viertteuerste Stadt – 18% Mietsteigerung innerhalb von 5 Jahren! Es geht uns um ein Mehr an Gerechtigkeit! Junges, studentisches und alternatives Leben wird stiefmütterlich behandelt – wird aus der Innenstadt gedrängt - Preußen ist in dieser Stadt wichtiger als alltägliches Leben der Menschen (Sichtachsen gegen Fußballfeld; die Innenstadt soll preußisch, aber unbewohnbar werden). Es geht uns um ein Mehr an Lebendigkeit! Der OB hat keine Idee, was die Zukunft dieser Stadt betrifft, seine Politik ist nicht aus einem Guss, sondern spontan, sehr eng und sehr interessengeleitet. Es geht uns um ein Mehr an Zukunft!

Fazit: DIE LINKE will ein Potsdam mit allen für alle – das heißt eine Stadtentwicklung, die den Norden und den Süden, die ländlichen Regionen und die Innenstadt, mitdenkt; die Politik mit den Menschen für die Menschen macht – die LINKE ist da, um die Interessen der Bürger zu artikulieren. DIE LINKE ist konstruktive Opposition.

Bürgerbeteiligung – DIE LINKE hat's eingehalten

Potsdam wird bürgerfreundlicher – aber nicht auf Bestreben der Verwaltung oder der Rathauskooperation – nein, eher gegen ihr Politikverständnis. DIE LINKE hat ihr Teil zu einem Mehr an Beteiligung beigetragen und wird es auch weiterhin aktiv machen – ich erwähne hier u.a. unsere Bürgerumfrage.

Mit unserer Umfrage wollten wir wissen, wie zufrieden die Bürger mit der gegenwärtigen Entwicklung sind? Ob sie sich als Potsdamer ernst genommen fühlen? Das Ergebnis ist ernüchternd: Die Potsdamer kritisierten die fehlende Bürgerbeteiligung, die Missachtung der Bürgermeinung und die geringe Akzeptanz des Bürgerwillens durch die Stadtspitze. Jann Jakobs' Wahlversprechen anlässlich



Hella Drohla rief zur Spende auf fürs Asylbewerberheim. Das Ergebnis: 303,50 EUR!

Fotos: Martin

der OB-Wahl haben sich nicht erfüllt. Hier muss er endlich seinen Politikstil ändern. Wir als LINKE nehmen den Bürgerwillen ernst und sehen darin die Chance für eine Entwicklung hin zu einem Potsdam mit allen und für alle.

Wir fordern daher:

- eine Stärkung der Möglichkeiten von direkter Demokratie.
- die frühzeitige und umfassende Information der Potsdamer und Einbeziehung in kommunalpolitische Entscheidungen über Einwohnerversammlungen, Bürgerbefragungen und dies am Anfang des Prozesses und wir streiten
- eine Qualifizierung des Bürgerhaushalts, so z.B. mit Stadteifonds und/oder einem eigenen Budget.

Bezahlbares Wohnen – keine Privilegien

Der Anfang ist gemacht. Dank bürgerlichem Engagement und den Aktivitäten der LINKEN bleiben die Wohnungen Am Alten Mark 10 erhalten. Dennoch braucht die Stadt weiterhin preiswerten und kleinen Wohnraum. Der Leerstand ist gering. Der Potsdamer Wohnungsmarkt kann die normale Fluktuation innerhalb der Stadt nicht mehr auffangen. DIE LINKE tritt für bezahlbaren Wohnraum ein. Wohnen darf in Potsdam nicht zu einem Privileg werden.

Deshalb fordern wir u.a.:

- Schluss mit der Praxis von Grundstücksverkäufen zur kurzfristigen Haushaltskonsolidierung.
- Langfristiger Erhalt und Stärkung des kommunalen Eigentums muss politischen Vorrang haben.
- Stärkere Beteiligung kommunaler Träger am Wohnungsbau, um eine ausgewogene Entwicklung des Wohnungsmarktes in allen Stadtteilen zu gewährleisten.

Weitere „Erwähnungen“ des Jahres 2011

Erwähnt sei hier die jährliche Debatte um das **Stadtwerkefest** – wir finden, es ist ein für alle Potsdamer erlebbares kulturelles Ereignis, welches die Stadt bereichert. Es geht der LINKEN darum, Prozesse transparent zu machen und das Ausmaß des Stadtwerkefestes in einem bürgerfreundlichen und auch vernünftigen Maß zu gestalten.

Erwähnt sei hier die sommerliche Debatte um die Kürzung der Mittel des **Hauptstadtvertrags**; er hat seine Aufgabe erfüllt und die Stadt hängt nicht am Alimentierungstropf des Landes, sondern steht wirtschaftlich und finanziell besser da, als die meisten Kommunen. Das Land muss aber gewährleisten, dass Potsdam seine Aufgaben als Landeshauptstadt wahrnehmen kann.

Erwähnt sei hier die Debatte um **Eintritt in die Parks** der Stadt. Die Parks müssen der Allgemeinheit für eine öffentliche, verantwortungsvolle und kostenlose Nutzung zugänglich bleiben. Der Anspruch der Stiftung „die Kulturgüter der Öffentlichkeit zugänglich zu machen“ wird mit einem Eintrittsgeld untergraben.

Erwähnt sei hier die hitzige Debatte um **Transparenz und Sponsoring der städtischen Unternehmen**. DIE LINKE bekennt sich klar zu starken städtischen Unternehmen. Sponsoring



Das Präsidium arbeitet.

bedeutet nicht nach Gutdünken Geld verteilen. Wir wollen eine transparente Förderung des Sports und auch der Kultur. Sponsoring bedarf klarer und fairer Regeln.

Erwähnt sei hier die **einseitige Gedenkkultur**. DIE LINKE.Potsdam tritt für eine ausgewogene und differenzierte Gedenkkultur ein, die alle Facetten der Stadtgeschichte beleuchtet und nicht nur bestimmte, momentan opportunistisch erscheinende Ereignisse und Personen. Wir wenden uns ausdrücklich dagegen, dass einseitig Zeugnisse und Lebensleistungen aus dem öffentlichen Raum und damit aus dem städtischen Bewusstsein getilgt werden. Wir fordern, dass sich die Verantwortlichen der Stadt Potsdam von einem einseitigen Geschichtsbild lösen und der städtischen Gedenkkultur eine differenzierte Gesamtsicht der Geschichte zu Grunde legen.

Erinnert sei an die jüngsten **Aktivitäten der Nazis**. Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit sind Angriffe auf die Demokratie. Politisches Handeln muss hier klare Zeichen setzen. Konsequenter als bislang müssen Ideen und Geld in öffentliche Programme investiert werden. Weltoffenheit und Toleranz können sich aber, wenn sie beständig sein sollen, nur aus der Gesellschaft heraus entwickeln und dafür muss und wird DIE LINKE ihren Beitrag leisten.

Unsere Aufgaben und Ziele für 2012:

Wir wollen die Ergebnisse der Umfrage gemeinsam mit der Fraktion auswerten und diese in unsere politische Arbeit einfließen lassen

Wir wollen den Gedanken eines Umzuges in eine offene Geschäftsstelle verwirklichen

Wir wollen es gemeinsam erreichen, dass alle Ortsverbände eine positive Ausstrahlung nach innen und außen bekommen

Wir wollen unser Schwerpunktthema „bezahlbares Wohnen in Potsdam“ inhaltlich untermauern und mit thematischen Veranstaltungen begleiten.

Wir wollen „300 Jahre Fl“ thematisch und kritisch begleiten.

Wir wollen weiter thematisch mit Bürgerinitiativen zusammenarbeiten und diese mit Verbänden, Vereinen und den Gewerkschaften verstärken.

Wir wollen unsere Bildungsangebote „DIE LINKE lernt ...“ und „DIE LINKE trifft...“ fortführen

Wir wollen eine intensivere Vernetzung zu unseren Studenten und zur alternativen Szene sowie einen stärkeren inhaltlichen Austausch.

Online-Umfrage

Die letzte online-Umfrage des Jahres 2011 lautete:

„Sind Sie mit dem zentralen „Historischen Weihnachtsmarkt“ auf der Brandenburger Straße zufrieden?“

Die Antworten fielen mehr als deutlich zu Ungunsten des „Historischen Weihnachtsmarktes“ aus.

Denn nur **16,7 %** stimmten mit „JA“, **75 %** dagegen mit NEIN“ und **8,3 %** meinten „weiß nicht“.

Na dann. Bis zum nächsten Weihnachtsmarkt?!

Potsdams linker Blog

DIE LINKE.Potsdam ist jetzt mit einem eigenen Blog im Internet. „Unter http://www.dielinke-potsdam.de/nc/potsdams_linker_blog/ wollen wir getreu unserem Motto „Mit allen für alle“ mit den Potsdamern zu Themen unserer Stadt bloggen“, meint Sascha Krämer, Kreisvorsitzender.

Weihnacht etwas anders

Am 16.12.11 fand auf Initiative des Migrantenbeirates der LHP eine Weihnachtsfeier für die Kinder des Asylbewerberheimes Nuthetal statt. In liebevoller Kleinarbeit hatten sich vor allem die amtierende Vorsitzende, Frau Lien Ngo, und die Sachbearbeiterin der Geschäftsstelle, Frau Maja Hildebrandt, mit der Programmgestaltung und den Geschenkeinkäufen befasst. Und dann kam vieles anders als geplant!

Die Zahl der angekündigten Kinder wuchs ständig, die der hinzukommenden Muttis, Omas und neugierigen Väter ebenso, der Gemeinschaftsraum im Kellergeschoss des Heimes drohte zu platzen! Das schwungvolle Auftaktprogramm einer afrikanischen Künstlerin brachte die Kinder unterschiedlichster Nationalitäten schnell zueinander. Die Stimmung war schon auf einem lautstarken Höhepunkt, als plötzlich der Weihnachtsmann erschien und jedem Kind ein kleines Geschenk überreichte. Für alle Kinder gemeinsam hatte Sascha Krämer, Kreisvorsitzender der Partei DIE LINKE, eine andere Überraschung, die dankend entgegengenommen wurde: 303,50 Euro!

Dieses Geld war von den Delegierten der 2. Tagung des 3. Kreisparteitages für den Bau einer stabilen Schaukel gespendet worden.

Während Erik El Far, Mitglied des MBR, seine Technik für das weitere Programm als Moderator und Zauberer installierte, wurden die Kinder selbst kreativ tätig. Zwei entzückend gekleidete kleine Mädchen zeigten erstaunliche Bauchtanzkünste, drei größere versuchten sich als Gesangssolisten. Und immer wieder wuselten die Kleinsten dazwischen, die gerade laufen gelernt hatten!

Wir erlebten ein auf andere Weise sehr stimmungsvolles und friedliches Fest – trotz oder gerade wegen eines mitreißenden Temperaments der Akteure einfach schön!

-hd

Ein Pulverfass an sozialen Risiken

Potsdam braucht ein Konzept der sozialen, energetischen Gebäudesanierung/Fortsetzung aus PaS 12/2011

Die Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag befürwortet grundsätzlich die energetische Gebäudesanierung und erachtet grundsätzlich auch steuerliche Fördermaßnahmen für richtig, da über diese auch AdressatInnen über die KfW-Förderprogramme hinaus erreicht werden können. Die Kritik der LINKEN richtet sich allerdings gegen die von der Bundesregierung vorgenommene Gewichtung und vielmehr noch gegen die vorgenommene Ausgestaltung. Die Umsetzung der Bundesregierung verstößt gleichermaßen gegen soziale Gerechtigkeit und Effizienz. Sie läuft letztlich auf eine Subventionierung von betuchten EigenheimbesitzerInnen und beruflichen VermieterInnen hinaus.

Die Bundesregierung sieht zwar parallel eine Fortführung der direkten Fördermaßnahmen durch das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm der KfW vor. Allerdings wird das KfW-Programm nur für die besagten drei Jahre verlängert und zudem nicht erhöht. Schrittweise nach Einkommenslage vorgenommene Einzelmaßnahmen werden damit nicht gefördert.

Mit der Erhöhung der Abschreibungsmöglichkeiten in Form von höheren AfA-Sätzen bzw. einer ebenso umgesetzten Absetzbarkeit wie Sonderausgaben bei selbstgenutzten Wohngebäuden werden die Aufwendungen der energetischen Gebäudesanierung dabei von der steuerlichen Bemessungsgrundlage abgesetzt. Wie jede steuerliche Förderung setzt dies allerdings voraus, dass das zu versteuernde Einkommen hoch genug ist, um diese Absetzungen überhaupt nutzen zu können. Insofern sind direkte Fördermaßnahmen erheblich zielgenauer und effizienter.

Darüber hinaus bewirkt der Ansatz an der Bemessungsgrundlage im Rahmen des progressiven Einkommensteuertarifs, dass Spitzenverdiener das 2- bis 3-fache an Steuerförderung im Vergleich zu Durchschnittsverdienern bekommen. Dies ist nicht nur verteilungspolitisch sondern auch klimapolitisch abzulehnen. Gerade diejenigen, die sich eine Gebäudesanierung nicht leisten können, bedürfen der Förderung, wenn die klimapolitischen Ziele erreicht werden sollen. Stattdessen wäre eine steuerliche Förderung, die sich einkommensunabhängig an differenzierten energetischen Zielvorgaben orientiert, notwendig gewesen.

Gravierende verteilungspolitische Mängel bestehen auch hinsichtlich der Gefahr einer Umle-



Vorbildliche energetische Sanierung zwischen Alt Nowawes und Mühlenstraße in Babelsberg.

gung von energetischen Sanierungskosten auf die MieterInnen. Trotz steuerlicher Förderung können VermieterInnen wie bisher die Kaltmiete um 11% erhöhen und somit einen erheblichen Teil der Sanierungskosten auf die MieterInnen überwälzen.

Bessere Lösung zur „Energetischen Sanierung“

Der Ortsverband Babelsberg/Zentrum Ost hat für den Gebäudebestand einen Wärmebedarf zwischen 200 bis 600 kWh/m² ermittelt. Das trifft auch auf weite Teile des Zentrums von Potsdam und Babelsberg zu. Stephan Worsack regt eine bessere Lösung des heiklen Tabu-Themas „Energetische Sanierung von Altbauten“ an. Noch schärfere Regelungen für die Sanierung von Altbauten halten Eigentümer eher ab, überhaupt eine energetische Gebäudesanierung in Angriff zu nehmen. Er unterbreitet nachfolgendes Konzept:

- Festlegung von Grenzwerten in der EnEV gestaffelt nach dem Gebäudealter, z.B. Gebäude vor 1945, ab 2017 maximal 120 kWh/m². Der Eigentümer kann in dem Zeitraum geeignete energetische Sanierungsmaßnahmen durchführen.

- Bei einer Grenzwertüberschreitung (der festgelegte Wert wird in dem entsprechenden Jahr überschritten), hat der Eigentümer für die Differenz Ausgleichsmaßnahmen zweckgebunden zur Förderung von Erneuerbaren Energien zu schaffen. Bei einer Grenzwertüberschreitung kann der Anteil, der zur Unterschreitung führte, als Modernisierungsanteil umgelegt werden.

- Wird erst nach dem festgelegten Jahr eine energetische Sanierung durchgeführt, kann eine Neubewertung des aktuellen Wärmebedarfs erfolgen. Wird dann der Grenzwert unterschritten, darf sich der Eigentümer die zweckgebunden investierten Anteile wieder auszahlen lassen.

Und Dr. Worsack entgegnet den häufigen Fragen

- Warum solche lockeren Regelungen? - Weil damit der große Anteil an Bestandsgebäuden getroffen wird, der in Summe die meiste Heizenergie verbraucht!

- Warum darf der Eigentümer selbst entscheiden? - Dies ist eine maximale Flexibilisierung zur Ausnutzung aller sinnvollen Möglichkeiten zur energetischen Sanierung und des Investitionswillens der Eigentümer.

- Was sollen Ausgleichsmaß-

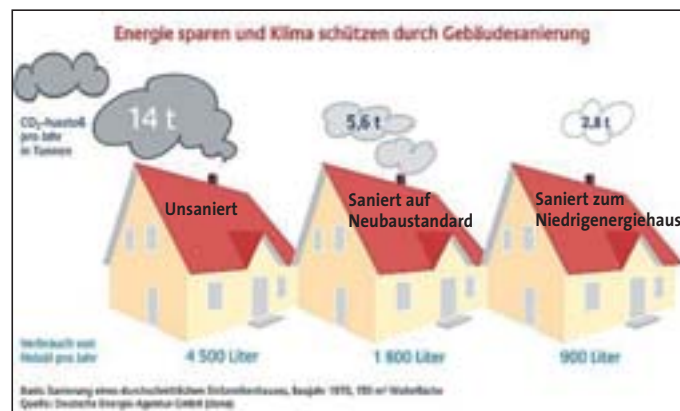
nahmen? - Unstrittig ist, dass die Klimaziele erreicht werden sollen. Wenn die Senkung des Energieverbrauchs bei einem Altbau nicht möglich ist, dann muss der Eigentümer als Ausgleich nachweislich in Erneuerbaren Energien investieren.

- Die Eigentümer brauchen die volle Modernisierungsumlage um wirtschaftlich zu sein! - Primär sollte DIE LINKE sich an den Grundsatz §14 GG (2) „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen“ halten. Doch wir sollten die Auswirkungen auf wirtschaftlich schwache kommunale Wohnungsunternehmen nochmals bedenken.

Stephan Worsack stellt abschließend die Frage „Gibt es überhaupt Spielraum für lokale, kommunale Strategien? Die Notwendigkeit, diesen Spielraum auszuloten und ein „wohnungspolitisches Konzept“ zu erarbeiten sieht auch Carsten Hagenau von der AG „StadtSpuren“. In diesem Arbeitskreis kooperieren Potsdamer Wohnungsunternehmen seit 1997. Dem Arbeitskreis gehören das kommunale, eine Reihe von genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen sowie das Potsdamer Studentenwerk an. Diese Wohnungsunternehmen, die keine Rendite erwirtschaften dürfen, betreiben 34.000 Wohneinheiten und umfassen damit einen Marktanteil von 40 Prozent aller Mietwohnungen in Potsdam.

DIE.LINKE wird die Erarbeitung des wohnungspolitischen Konzeptes von Potsdam aktiv mit begleiten.

Stephan Worsack (OV DIE LINKE, Babelsberg/Zentrum-Ost)
Steffen Pfrogner (DIE LINKE, Potsdam, Arbeitskreis Stadtentwicklung)



Wir sind die Kümmererpartei

Aus der Arbeit der Stadtfraktion DIE LINKE in 2011/Von Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, Fraktionsvorsitzender

Wir haben unser großes Potential als starke politische Kraft genutzt, um in der Dynamik der Entwicklung unserer Stadt immer wieder auf sozialen Ausgleich, auf soziale Gerechtigkeit zu drängen. DIE LINKE als die Partei für den Alltag, als die Kümmererpartei - das ist unser Anspruch und das muss er auch bleiben. Wir können uns dabei auf eine gute Zusammenarbeit zwischen Kreisvorstand und Fraktion stützen. Wir mussten und wir müssen uns darauf einstellen, dass sich die Rahmenbedingungen in Potsdam weiter verändern und das nicht unbedingt zu unseren Gunsten. Darauf stellt sich die Politik des Oberbürgermeisters und der Rathauskooperation ein. Wir jedoch greifen die Probleme der Menschen auf und drängen konsequent und hartnäckig auf Lösungen. Unsere Verantwortung in dieser Stadt als Partei der sozialen Gerechtigkeit ist groß und sie nimmt weiter zu. Wir pflegen eine enge Zusammenarbeit mit den Bürgerinitiativen, die wie Pilze aus dem Boden schießen. Wir sind sozusagen natürliche Bündnispartner, weil es inhaltliche Übereinstimmungen mit einem großen Teil der Bürgerinitiativen gibt und weil kontinuierliche Bürgerbeteiligung zu unserem Selbstverständnis gehört.

DIE LINKE als starke Opposition

Dieses Selbstverständnis führt aber automatisch zur Auseinandersetzung mit dem Oberbürgermeister und seiner Rathauskooperation. DIE LINKE war und ist starke Opposition in der Landeshauptstadt. Dabei verstehen wir uns als konstruktive gestaltende Kraft. Und wir haben in diesem Herangehen viel erreicht. Alle wichtigen Entscheidungen tragen irgendwie unsere Handschrift, auch wenn wir uns nicht immer durchsetzen können.

Das gilt insbesondere für das Wohnungsproblem, das immer mehr an Bedeutung gewinnt. Wir haben als erste frühzeitig darauf aufmerksam gemacht und die soziale Funktion der Gewoba und ein städtisches Wohnkonzept eingefordert. Es darf nicht sein, dass Historismus drängende soziale Probleme überlagert. Anfang Dezember ist uns dabei ein echter Durchbruch gelungen. Die Stadtverordneten haben mit deutlicher Mehrheit unserem Antrag zum Erhalt des großen Wohnhauses am Alten Markt 10 zugestimmt. Wir wollen ein soziales Wohnkonzept, mit dem konkret gegen die steigende zweite Miete gewirkt wird. Dazu gehört z.B. unsere In-

itiative für eine Stabilisierung der Preise für Wasser und Abwasser, die in Potsdam bereits relativ hoch sind.

Wir fordern eine bürgernahe Stadtentwicklung, die sich an den Bedürfnissen der Bürger orientiert und an der die Potsdamer beteiligt werden. Dazu gehören die Diskussionen um die Wohngebiete in den großen Wohngebieten. Ich erinnere an den Streit um den Erhalt der Kaufhalle in Zentrum Ost oder die lange Auseinandersetzung um den Bau einer Kaufhalle am Schilfhof. Auch wenn es keinen offiziellen Dank dafür gibt, sondern zum Schluss meist der Oberbürgermeister das rote Band durchschneidet und sich selbst dafür lobt, so wissen doch viele Bürgerinnen und Bürger, dass dahinter der zähe Einsatz der LINKEN steckt.

Das gilt in ähnlicher Weise für fragwürdige Initiativen der SPD-Fraktion. Ich erinnere an das Projekt des Drewitzparks. Die starke LINKE hat großen Anteil daran, dass diese Fehlentwicklung verhindert wurde. Am 7. Dezember ist ein Neuanlauf für solche Planungen, diesmal übrigens auch mit den Stimmen der SPD, abgelehnt worden.

Die SPD-Fraktion war es auch, die im Dezember 2007 mit einem Antrag den Verkauf des ehemaligen Espengrund-Gymnasiums einschließlich der Turnhalle an die katholische Kirche durchgesetzt hat. Wir konnten das nicht verhindern, sind aber jetzt diejenigen, die sich für die durchgängige Sicherung des Sportunterrichts an der staatlichen Griebnitzseeschule einsetzen. Wie sich herausstellt, hat die Verwaltung offensichtlich nicht die Vorgaben der SVV eingehalten. Hier zeichnet sich der nächste Skandal ab.

Das Jahr der Skandale

2011 war auch ein Jahr der Skandale. Der Sturz des langjährigen EWP- und Stadtwerkechefs Peter Paffhausen und die damit verbundene Medienkampagne gegen die Stadtwerke, insbesondere die EWP, haben der Stadt schwer geschadet. Wir haben uns nicht an dieser Kampagne beteiligt. Wir haben nicht vorverurteilt, sondern auf sachliche Aufklärung gedrängt.

Worin besteht jetzt das absurde Ergebnis dieser hysterischen Diskussion? Eine Transparenzkommission hat sich in langen Sitzungen mit dem Zustand und den Verfahrensweisen der kommunalen Unternehmen beschäftigt. Jetzt sollen die Schlussfolgerungen der Kommission erarbeitet und vorgelegt werden. Aber bevor das

der Fall ist, will die SPD plötzlich sofort den Aufsichtsrat der Pro Potsdam und den Aufsichtsrat der EWP erweitern. Das haben wir schon seit längerem gefordert, allerdings vergeblich, weil der Oberbürgermeister und sein Finanzbeigeordneter bisher nur schmale Aufsichtsräte wollten, nicht zuletzt um die Vertraulichkeit zu wahren. Genau das wird jetzt kritisiert. Intransparenz in städtischen Unternehmen. Es ist richtig, wenn jetzt mehr Fraktionen die Gelegenheit gegeben werden soll, einen Vertreter in den Aufsichtsrat zu schicken. Aber dass diese Erweiterung nur zu Gunsten der Fraktionen der Rathauskooperation erfolgen soll, die anderen aber draußen bleiben, ist bezeichnend



Der Start ist vollzogen: Die Mentees Michel Berlin, Alexander Frehse, Jan Hanisch, Kay-Uwe Käersten, Matthias Lack, Roman Piffremont und Raico Rummel „umrahmen“ in der ersten Reihe den Fraktionsvorsitzenden Dr. Scharfenberg.

Foto: rd

für die machtorientierte Herangehensweise der SPD.

Eine weitere Folge der Stadtwerkediskussion ist die Verunsicherung und Schwächung der Sportvereine der Stadt. Sponsoring ist zum Unwort des Jahres gemacht geworden. Aber ohne ein solches Sponsoring ist erfolgreicher Sport, übrigens auch Breitensport in der Sportstadt Potsdam kaum möglich.

Die Kumpanei der Kooperation

Die Diskussion um die Stadtwerekeaffäre ist zugleich Spiegelbild für den Zustand der Rathauskooperation. Dieses Bündnis wird zunehmend von Kumpanei geprägt und nicht von einem verantwortungsvollen Handeln für die Stadt. Einigendes Band ist bei allen gegensätzlichen Interessen die Abwehr der starken LINKEN. Minderheitenrechte werden missachtet, wie z.B. bei der von uns beantragten Sondersitzung der SVV. Politikstil, der immer mehr Raum greift, ist durch intransparentes und oberflächliches Han-

deln geprägt. So versprach der Oberbürgermeister mit seiner Regierungserklärung im vergangenen Jahr mehr Bürgerbeteiligung. Aber bisher hat sich außer den vollmundigen Ankündigungen nichts getan. Deshalb wirkte es wie ein Paukenschlag, dass Herr Jakobs nun doch eine Bürgerbefragung zum geplanten Badneubau durchführen will.

Wir wollen eine breite öffentliche Diskussion zur künftigen Gestaltung des Brauhausbergs und zum Erhalt der Schwimmhalle im Zentrum der Stadt. Auch das Minsk soll und kann erhalten und saniert werden und diesem zentralen Platz sein Gepräge geben. Und wir wollen ein kleines Kiezbad im Potsdamer Norden. Aber dazu werden

SVV-Wahlen 2014 im Blick

Im Frühjahr 2014 steht die Neuwahl der Stadtverordnetenversammlung an. Mit jeder Aktivität, mit jedem Antrag, mit jedem Bürgergespräch bereiten wir uns auf diese Wahl vor. Unsere bisherige Bilanz kann sich durchaus sehen lassen. Um es in Zahlen zu kleiden: Wir haben seit der letzten Wahl, also seit Oktober 2008 schon wieder 262 Anträge in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht. Und so schlecht können die nicht gewesen sein, denn davon sind 64 abgelehnt aber immerhin 149 angenommen worden. Wir haben damit mehr Anträge durchgebracht, als die SPD, mit 121, überhaupt eingebracht hat. Es ist bezeichnend für die Kooperationsfraktionen, dass sie im März dieses Jahres unseren Antrag abgelehnt haben, nach dem Beigeordnete ihren Hauptwohnsitz in der Stadt haben sollen. Andererseits haben wir z.B. in diesem Jahr Mehrheiten dafür gefunden, dass die Plenarsitzungen künftig im Internet übertragen werden sollen. Oder für den langfristigen Erhalt der Sporthalle in der Heinrich-Mann Allee und die Verlängerung des Vertrages mit der Suppenküche.

Wir bereiten uns auch personell langfristig auf die nächsten Wahlen vor. Am 12. Dezember haben wir mit sieben jungen Menschen, die ab Januar in der Fraktion an einem Mentoringprogramm teilnehmen wollen, eine Vereinbarung abgeschlossen (Foto). Das ist sowohl für die Mentees als auch für die Mitglieder der Fraktion eine echte Herausforderung. Ausgehend von den guten Erfahrungen, die wir mit dem Mentoringprogramm vor der letzten Wahl 2007/2008 gesammelt haben, bin ich optimistisch, dass die Neuaufgabe noch besser gelingt. Wir werden jedenfalls unseren Beitrag dazu leisten, dass die Mentees mit einer qualifizierten Vorbereitung als Kandidatinnen und Kandidaten in den Kommunalwahlkampf gehen können.

wir im nächsten Jahr noch harte Auseinandersetzungen zu führen haben.

Bei einem weiteren Skandal geht es um die Grundstücke am Bertiniweg. Ohne unsere Intervention wären die Eigenheimer einfach mit verkauft worden, nachdem ihnen das gesetzliche Vorkaufrecht nicht zugestanden worden ist. Wir sind der Auffassung, dass für diese verfehlte Praxis insbesondere der Beigeordnete Herr Exner und letztlich auch der Oberbürgermeister die Verantwortung tragen. Deshalb haben wir uns entschlossen, ein Abwahlverfahren gegen Herrn Exner zu initiieren. Dafür werden die Unterschriften von mindestens 29 Stadtverordneten gebraucht. Wir sind 16, haben auch schon Unterschriften aus anderen Fraktionen. Aber letztlich müssen auch Stadtverordnete aus der Rathauskooperation unterschreiben, um auf das Quorum zu kommen. Mal sehen ob die CDU nach ihrem lauten Getöse noch Ernst macht.

Es gibt eine echte Chance, dass wir das schaffen.

LINKE für Arbeitnehmer im Aufsichtsrat der EWP

Der Forderung des Betriebsrates der EWP, auch Arbeitnehmer in den Aufsichtsrat zu entsenden, ist dringend nachzugeben. So erklärt Moritz Kirchner vom Kreisvorstand der LINKEN Potsdam: „Die Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an Aufsichtsräten, wie es in Deutschland bei größeren Firmen gang und gäbe ist, ist ein Erfolgsmodell. So wird den unterschiedlichen Interessen Rechnung getragen, was gerade bei einem öffentlichen Unternehmen besonders wichtig ist. Zudem gibt es somit direkt Menschen, die das Thema „Gute Arbeit“ in den Fokus des Aufsichtsrates bringen können.“

Aber die Entsendung macht auch betriebswirtschaftlich Sinn. Denn die Arbeitnehmer wissen durch ihre Arbeit am besten, wo der Schuh drückt und wie Arbeitsprozesse noch besser gestaltet werden können. Ihr Prozesswissen und ihre Detailkenntnis der konkreten Arbeit sind für einen Aufsichtsrat von unschätzbarem Wert. Dieser Schatz sollte also aus politischen wie ökonomischen Gründen gehoben werden

Moritz Kirchner
Kreisvorstand LINKE Potsdam

„Einladung“ ins Kino „Charlott“ ...

Tritt man aus dem von Bahn, Land und Stadt seit mehr als 20 Jahren dem Vandalismus und dem Verfall preisgegebenen, aber täglich hoch frequentierten, Bahnhof Potsdam-Charlottenhof auf die Zeppelinstraße in Potsdam-West, fällt der zuerst, wenn der nicht enden wollende Fahrzeugstrom es zulässt, auf das gegenüber liegende Gebäude des ehemaligen Victoriagartens. Die Anwohner kennen es eher unter dem Namen „Kino Charlott“. Aber Filme kann man in diesem Hause schon lange nicht mehr ansehen. Ein behelfsmäßiger Zaun verhindert den Zugang zu dem in erbärmlichen Zustand, von Wildwuchs umgebenen Objekt. Ein dauernder Schandfleck...

Da im Grundgesetz, Artikel 14,

Abs. 2, steht: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen“, müssen Fragen nicht nur erlaubt sein, sondern bedürfen schnellstens dringender Klärung:

- Wem gehört das Gebäude Zeppelinstraße 37, in dem sich am 5. November 1910 während des Besuchs des Zaren Nikolaus II. 1000 Potsdamer Arbeiter zum Protest versammelten, heute?

- Warum lässt die Stadt Potsdam zu, dass der Eigentümer diesen an zentraler Stelle liegenden Bau verfallen lässt?

- Wer missachtet dort das Grundgesetz?

- Brauchen wir nicht gerade in Potsdam-West einen großen Veranstaltungsort. Einen Bürgertreff,

den die Einwohner seit Jahren fordern?

- Lässt man dieses Gebäude verfallen, weil ihm preußisch-feudale Geschichte fehlt, weil es mit der progressiven Potsdamer Arbeiterbewegung verbunden war?

- Wo ist die Gedenktafel geblieben, die neben dem Eingang zum Kino hing mit der Inschrift: „In diesem Gebäude sprachen Karl Liebknecht, August Bebel und Paul Singer zu den Werktätigen Potsdams und riefen sie zum Kampf gegen Imperialismus, Militarismus und Krieg auf. Unter dem Namen Victoriagarten war hier die größte Versammlungsstätte der Potsdamer Arbeiterbewegung von 1890 bis zur Novemberrevolution 1918“?

- Wem gehört die Villa neben

dem Kino, deren Zustand ebenso bejammernswert ist?

- Die Stadtoberen kommen jedes Jahr zum Wohngebietsfest „Affe, Schaf und Känguru“, um „bürgerfreundliche“ Reden zu halten - zu Fuß, hoch zu Ross oder mit historischer Kutsche? Warum erscheinen sie nicht mit den „Öffentlichen“, denn dann würde ihnen der geschilderte Anblick nicht entgehen und sie müssten schönen Worten verändernde Taten folgen lassen?

Die Potsdam-Westler engagieren sich für ihren Kiez (siehe „Westkurve“ etc.), aber für die genannten „Baustellen“ ist jedes Ehrenamt zu klein. Vielleicht sollte die nächste Stadtverordnetenversammlung im Kino „Charlott“ stattfinden?!

Gerlind Jäkel



Geplante Verbesserungen im Westen der Stadt

Rund 50 interessierte BürgerInnen trafen sich Mitte November in der Erlöserkirche zu einer Informationsveranstaltung des Stadtteilnetzwerkes. Zu Beginn stand das Verkehrsgeschehen im Mittelpunkt. Mit einem Kostenaufwand von 400 000 bis 500 000 Euro will die Stadt im übernächsten Jahr das westliche Ende der Lennestraße bis zum Anger vor dem Kuhtor-Eingang von Sanssouci sanieren.

Schon in 2012 wird der unbefestigte Weg von der Wendeschleife Hans-Sachs-Straße zum Kuhtor-Anger für Rad- und Rollstuhlfahrer ertüchtigt; das soll rund 30 000 Euro kosten.

Auf der Geschwister-Scholl-Straße will man den sehr schmalen gemeinsamen Fuß- und Radweg entlasten, indem eine Radspur auf der Straße markiert wird; man muss sie aber nicht benutzen, wenn man die Tram-Schienen und den Autoverkehr fürchtet. Von der Feuerbachstraße aus sollen Radfahrer künftig geradeaus direkt in

die Breite Straße kommen, ohne die Ampelüberwege zu benutzen. 25 000 Euro sind noch dieses Jahr geplant, um eine Radfurt zu markieren, eine Radlerampel aufzustellen und das System der Ampelsteuerungen anzupassen. Auf der Moschee-Seite der Breiten Straße soll der jetzt schon in beiden Richtungen nutzbare Radweg 2012 verbreitert und asphaltiert werden. Geplant ist für 2013 die Befestigung des Uferweges vom Schafgraben bis zur Kastanienallee.

Neben den Verkehrsproblemen war das zweite Thema die Zukunft des Raumes um das alte Hans-Otto-Theater am jetzigen Köhlerplatz. Dazu referierte Herr Arslantepe von der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten. Er trug vor, was an Einrichtungen der Stiftung dort seinen neuen Platz finden soll. So auch eine öffentlich nutzbare Bibliothek mit Materialien der Stiftung. Für die Zuhörer war es traurig zu erfahren, dass es keine Zukunft für das Theater-Restaurant dort gibt. W. Preller

Verwertung oder Leben lernen?

Alternative Wohnprojekte contra lukrativen Immobilienmarkt?/Von Ronny Besancon

Geht es jetzt los? War das der Startschuss für die Vertreibung der alternativen Wohnprojekte in Potsdam, um deren Grundstücke dem lukrativen Immobilienmarkt in Potsdam zu opfern? Erinnern wir uns: Vor 10 Jahren wurden in Potsdam etliche besetzte und „halblegale“ Wohnprojekte geräumt, um sie zu sanieren. Als Ausgleich bot die Stadt Grundstücke der städtischen ProPotsdam an. Bei den Verhandlungen wurden Erbpachtverträge geschlossen, die auch die Sanierung der Objekte durch die Pächter vorsahen. Die Verträge beinhalteten eine Klausel, wonach der Pachtzins alle 3 Jahre an den aktuellen Lebenshaltungskosten angepasst werden könne. Schon damals waren die zukünftigen Bewohner der Zeppelinstraße 25/26 skeptisch. Um den Vertrag doch noch zu Stande kommen zu lassen, sicherte man ihnen mündlich zu, dass von dieser Klausel kein Gebrauch gemacht würde, solange die Sanierung nicht abgeschlossen sei, um die Kosten der Sanierung auszugleichen. Vor wenigen Wo-

chen erreichte die Potsdamer Öffentlichkeit nun die Nachricht, dass die ProPotsdam plane, den Pachtzins für die Objekte um 16 Prozent anzuheben. Damit gefährdet die ProPotsdam diese Wohnprojekte, die nicht nur einen erheblichen Beitrag zur Vielfalt der Potsdamer Kulturszene liefern, sondern auch antifaschistische und politische Arbeit gemeinnützig und ehrenamtlich leisten, eklatant. Die Zeppelinstraße 25/26 und die Arbeit ihrer Bewohner sind unheimlich wichtig für den Standort Potsdam-West, für dessen Charakter. Die Stadt muss sich entscheiden: Kultur, die bunt und kreativ ist, antifaschistische Arbeit und politische Bildung, Szene, die sich jeder leisten kann oder Verwertung um jeden Preis und damit Verlust der Projekte? DIE LINKE wird alle Möglichkeiten im politischen Raum, auch bei ProPotsdam, nutzen, um einen Erhalt der alternativen Projekte in Potsdam zu sichern und deren selbstbestimmte und autonome Weiterentwicklung zu befördern.

Werdet Zaunkönig!

Westkurve geht ans Äußerste: Eine Spenden- und Beteiligungsidee

Am Jahresende - mal 'ne Spende? Nicht zum Verschaukeln oder guten Rutschen, nicht für „Schotter“ oder Netze. Hier soll nichts vom Zaune gebrochen oder mit etwas hinterm Zaun gehalten werden. Nein, die Westkurve will einen Zaun.

Gemeinsam mit Förderern und Freunden will die Bürgerinitiative (BI) die Westkurve weiter gestalten und erhalten. So nach dem Motto: „Wenn Einer den Zaun hält, so hält er auch das Gut.“ Dabei hoffen die Sportfreunde, dass sie „noch alle Latten am Zaun haben“ und das auch in Zukunft so sein wird. Denn der Zaun soll halten, was er verspricht: natürlich, handgefertigt und robust. Gefertigt wird der Zaun von den vier Menschen, die seit über einem Jahr auf der Westkurve bzw. in Fahrland unser Treiben unterstützen. Von der Initiative „Arbeit für Brandenburg“ gefördert sind die vier Helden angetreten, um die Sanierung der Sportfläche vorzubereiten. Nun ja, jetzt schleifen, hobeln, bohren... sie die Robinienstangen und setzen diese zu Zaunfeldern zusammen. Für die Aufhängung an den Betonpfählen zu guter Letzt passende Bolzen benötigt, die ein Schlosser fertigt. Die BI Westkurve finanziert und holt das Holz aus umliegenden Wäldern. Schrauben, Schleifscheiben, Schleifbänder, Maschinen, Ersatzteile haben sie durch Privatauslagen absichern können. Gleichzeitig leiten sie die Arbeitskräfte an und binden sie in ver-



schiedene Aktionen ein. Das ist nicht immer einfach und geht weit über das Ehrenamt hinaus. Und es soll an dieser Stelle gesagt sein: Ohne die Materialbereitstellung und Anleitung durch die BI

Westkurve wäre für die vier Menschen die Förderung bereits für beendet erklärt.

Die ersten acht von Spendern bzw. von der BI Westkurve finanzierten Felder sind gefüllt (Foto)

– und man kann das Ergebnis bereits bewundern. Damit ist bereits ein Zehntel des Zauns realisiert. Das Ganze soll sukzessive wachsen. Den Stand der Spenden kann man/frau auch unter www.westkurve-potsdam.de einsehen.

Im Aufruf der Westkurve heißt es nun: „Was könnt ihr tun? Werdet Zaunkönig! Spendet als Hausgemeinschaft, Wohngemeinschaft, hausübergreifende Gemeinschaft, als Arzt oder Anwalt, als Single oder Familie, als Geldbesitzer oder Geldaufreiber. Werdet Zaunbesitzer und Zaunkieker! Nur mit eurem Geld kann ein weiteres Zaunfeld entstehen. Unterstützt bitte die Aktivitäten der BI Westkurve mit einer Spende von 150 € für ein Zaunfeld. Oder sucht Spender, erzählt von Zaunfeldern und der Westkurve!“

Spendenkonto:
 Stadtteilnetzwerk
 Potsdam e.V.
 Konto: 116838600
 BLZ: 43060967
 GLS Bank
 Zweck: Westkurven-
 zaunkönig
 Für Spendenquittungen bitte Name/Anschrift an das Stadtteilnetzwerk wenden: info@stadtteilnetzwerk.de



Ein großes Herz für kleine Leute

Die Pension Mark Brandenburg in der Potsdamer Heinrich-Mann-Allee war am Mittwoch dem 14. Dezember der Ort, an dem 30 Seniorinnen und Senioren der VolksSolidarität ein festliches Wildschweinessen genießen konnten.

Die Eingeladenen gehören zu den Menschen, die sich gern ehrenamtlich für andere engagieren aber sich auf Grund ihres eigenen (zu) kleinen Budgets kein Festessen in der gehobenen Gastronomie leisten können.

So war dieser Nachmittag für sie ein vorweihnachtliches Geschenk, für das der Chefin des Hauses, Frau Albrecht, und ihrem Team sowie Herrn Socher ein herzliches Dankeschön ausgesprochen wird.

Sie haben ein großes Herz für kleine Leute bewiesen und deutlich gemacht, dass es gerade in diesen Zeiten darauf ankommt, füreinander da zu sein.

Der Stadtverband der VolksSolidarität bedankt sich auf diesem Weg für die Möglichkeit, ehrenamtlich Tätigen und älteren Mitgliedern dieses besondere Weihnachtsgeschenk bereiten zu können.

Dr. G. Herzel

WBG 1903 spendet 500 €

Die Wohnungsbaugenossenschaft 1903 eG gehört seit geraumer Zeit zu den Förderern der Bürgerinitiative „Westkurve“. Schließlich gehört das Sportgelände zum direkten Umfeld der WBG in der Hans-Sachs-Straße in der Brandenburger Vorstadt/Potsdam-West. So spendete die Genossenschaft schon ein großes Volleyballnetz und beteiligte sich mit am Aufbau des Rutschenturms am Sportplatz. Dafür bedankt sich die „Westkurve“ mit einem Eintrag auf der Internetseite ihrer Bürgerinitiative. Die neue Idee, die Umzäunung ebenfalls als Spendenobjekt auszuloben, fand auch sofort beim Vorstand der WBG positiven Widerhall. „Wir spenden 500,00 Euro für die Errichtung des Zaunes und werden auf diese Weise also auch Zaunkönige“, so die Vorstände Prof. Dr. Volkmar Dietrich und Johann Grulich.



Für LINKS im Amt

Amtsträgerinnen und Amtsträger der Partei DIE LINKE in kommunalen Verwaltungen

292 Frauen (83) und Männer (209) sind derzeit mit einem Wahlvorschlag bzw. mit Unterstützung der LINKEN in führenden Verwaltungsfunktionen von Landkreisen, Städten, Gemeinden, Ämtern oder Verwaltungsgemeinschaften gewählt worden. Davon sind 72 hauptamtlich und 220 ehrenamtlich (2 hauptamtliche Landrätinnen/Landräte, 6 hauptamtliche Oberbürgermeisterinnen/Oberbürgermeister, 47 hauptamtliche Bürgermeisterinnen/Bürgermeister, 17 hauptamtliche Beigeordnete u.a. kommunale Wahlbeamtinnen/Wahlbeamte, 72 ehrenamtliche Bürgermeisterinnen/Bürgermeister, 148 ehrenamtliche Beigeordnete, Orts- teilbürgermeisterinnen/Orts- teilbürgermeister, Ortsvorsteherinnen/Ortsvorsteher u.a.). Außerdem stellen die LINKEN oder linke Listen mehr als 6.000 ehrenamtliche Mandate in kommunalen Vertretungen - zum Beispiel in Ortsteil-Beiräten, Gemeinde- bzw. Stadtvertretungen, Kreistagen oder Regionalversammlungen (in dieser Übersicht nicht enthalten). (Stand: 22. November 2011)

„Bücher statt Wurst“

Vorgestellt: Der neue Buchladen „Viktoriagarten“ in Potsdam-West/Von Marlies Nopens

Auch ich habe – seit über 40 Jahren in Potsdam-West wohnend – in der vormaligen Fleischerei in der Geschwister-Scholl-Straße 10 hin und wieder ein paar Koteletts und anderes von Schwein und Rind gekauft.

Nun sind in diesen schönen sanierten Räumen zwei junge mutige Frauen, Stefanie Müller und Andrea Schneider (Foto), mit viel Engagement und kreativen Ideen angetreten und haben mit dem „Viktoriagarten“ (in Anlehnung an die Frühzeit des späteren Kino's Charlott) einen Treffpunkt für Bücherfreunde eingerichtet, in dem man den modernen Service einer Buchhandlung bekommt, aber eben darüber hinaus etliches mehr. Rote Regale vor hellen Wänden, eine geschmackvolle Dekoration und abends wunderbar gedämpftes Licht schaffen eine Atmosphäre von Ruhe und Behaglichkeit; in der großen Kinderbücher – „Stube“ kann auf einem gemütlichen Sofa gekuschelt oder probeglesen werden und die weißen noch freien Wände rufen förmlich nach Bildern; kleine Aus-



stellungen sind geplant. Die Potsdamer Malerin Heike Isenmann wohnt und arbeitet „um die Ecke“. Ihre Bilder werden dort zu sehen sein, ihre witzigen Geburtstagskalender sind schon jetzt zu haben. Andere Künstler werden folgen.

Viele Leser wissen, dass Stefanie Müller schon ein paar Jahre bei Carsten Wist im Literaturladen in der Brandenburger Straße als

Buchhändlerin tätig war, das gibt Hoffnung auf interessante Lesungen und Buchvorstellungen. Zwei Lesungen gab es zur Eröffnung und weiteres ist geplant:

Im Januar 2012 sind für den 14.1. nachmittags (ca. 15.30 Uhr) vor allem Kinder eingeladen zu einer Leseveranstaltung mit der Theaterpädagogin Suse Weisse und für den 20. Januar lädt die Berliner

Folk/POP/Swing – Musikerin Daniela Bartels zum Konzert.

Die Anlaufphase – seit Ende November ist geöffnet – gestaltet sich viel versprechend, und der Kiez reagiert zustimmend bis enthusiastisch.

Beide Frauen verstehen sich vor allem als Partner und Ratgeber der Buchliebhaber und potenzieller Leser. „Bücher statt Wurst“ – das ist ihr Slogan, ich habe ihn für den Titel nur geborgt. Neulich schenkte mir je-

mand ein kleines Poster, drauf steht: „Lesen macht schön“. Probiert es mal, vorzugsweise im Viktoriagarten.

Wer mehr wissen will:
www.viktoriagarten-potsdam.de
E-Mail: kontakt@viktoriagarten-potsdam.de
Öffnungszeiten:
Mo – Fr: 9.00 – 19.00 Uhr
Sa: 10.00 – 14.00 Uhr

DIE LINKE in Eiche hält Wort:

Aktiv für Bürgerbeteiligung!

In Eiche hat DIE LINKE nicht nur „den Fuß in der Tür“, sondern bereichert das öffentliche Leben im Ortsteil erheblich. Im Jahr 2011 fielen hier besonders das engagierte Wirken der drei Protagonisten im Ortsbeirat und das konsequente Eintreten des Ortsverbands für Bürgerbeteiligung im Zusammenhang mit der Straßenbahnplanung auf. Obwohl die Tram von den Linken in Eiche nicht durchweg radikal abgelehnt wird und sich durchaus Stimmen für eine Prüfung von

Streckenführungen bis an den Ortsteil heran oder außerhalb bebauter Grundstücke vernehmen ließen, unterstützte der Ortsverband die Forderungen der Einwohner nach Transparenz vehement. „Uns ist wichtig, dass die Stadt betroffene Bürger von Anfang an nicht nur der Form halber in solche Überlegungen einbezieht, sondern sie wirklich ernst nimmt“, unterstreicht Harald Herzel, der die Bürgerbeteiligung als Vorsitzender des Ortsverbands

mehrmals öffentlich einforderte.

Auch im Ortsbeirat redet DIE LINKE nicht nur – vor allem der Stadtverordnete Ralf Jäkel hat sich als Ortsvorsteher inzwischen eine hohe Anerkennung erworben, weil er sich zuverlässig auch um scheinbar kleine Anliegen der Eichener kümmert. In diesem Jahr bereitete er vielen Einwohnern eine große Freude, indem er Sponsoren für die Gestaltung einer durch Schmierereien verunstalteten Mauer an der Hauptstraße ge-

wann und mit der Unterstützung kompetenter Partner deren Sanierung sowie Gestaltung realisieren konnte. Inzwischen äußerten sich zahlreiche Bürger begeistert. Im Ortsbeirat bildeten die drei Vertreter der Linken 2011 ein gutes Team – Willi Koch koordinierte überaus engagiert die von den Eichenern selbst initiierten Veranstaltungen im Bürgertreff Eiche und Evelyn Dahme sorgte dafür, dass zweimal jährlich das „Eichenblatt“ erschien. -ed

Wie lange darf sich „71“ noch austoben?

Am Bahnhof Potsdam-„Charlottenhof“ und an Eisenbahnbrücken im Wohngebiet Potsdam-West gibt es kaum einen einzigen Quadratmeter, der nicht mit Farben beschmiert/besprüht ist. Die DB war bisher nicht in der Lage, diese Sachbeschädigungen zu beseitigen und Wiederholungen zu verhindern.

Für mich ergeben sich einige Fragen an die zuständigen Behörden:

Ist es nicht möglich, den Täter, der seine „Graffiti mit „71“ manchmal mit 14471 (Potsdam-West also), zeichnet, zu ermitteln



und zur Verantwortung zu ziehen? Die „71“ findet sich nicht nur an Bahnbauten sondern im gesamten Wohngebiet. Ich kann mir vorstellen, dass auch viele Hausbesitzer froh wären, wenn dem wirren „Künstler“ das Handwerk gelegt werden würde. Wäre schon deshalb, weil er sich bei seinen Schmierausflügen auch selbst in Lebensgefahr begibt, wenn er z. B. auf die Spitze der Eisenbahnbrücke klettert. Es wäre also sogar in seinem Interesse, wenn man ihm die Spraydosen wegnehmen würde... -hoj

Das Mitwirken der Jüngeren ist gefragt

Nicht nur in unserem Ortsverband DIE LINKE.Potsdam-Süd fand kürzlich eine Mitgliederversammlung statt. Auch die Ortsverbände Stern-Drewitz-Kirchsteigfeld sowie Babelsberg/Zentrum-Ost tagten. Alle drei Versammlungen hatten gemeinsam

- eine Bestandserfassung zu einem Jahr Ortsverbandsarbeit
- eine Diskussion um die Ausrichtung der Partei (Programm) und die politische Arbeit innerhalb unserer Partei DIE LINKE und um unsere Außenwirkung vor Ort und
- eine Teilnehmerschaft an den Mitgliederversammlungen von hauptsächlich älteren GenossInnen.

Während die beiden erst genannten Gemeinsamkeiten von einem sehr konstruktiven Charak-



Am Rande der Mitgliederversammlung OV Potsdam-Süd: Sascha Krämer, Kreisvorsitzender, und die OV-Vorsitzenden Steffen Pfrogner (Süd) und Klaus Mohrholz (Stern, Drewitz, Kirchsteigfeld).

ter geprägt waren, reflektiere ich die Teilnehmerschaft mit großer

Sorge. Die Aktiven, auch die älteren GenossInnen in den Ortsverbänden, bewegt die Frage nach der Mitwirkung der Jüngeren. Nicht zum ersten Male stelle ich in den Mitteilungen des Ortsverbandes DIE LINKE.Potsdam-Süd die Schwierigkeit politischer Arbeit durch immer weniger Mitstreiter zur Diskussion. Unseren älteren OV-Mitgliedern gilt dabei der Dank für ihr unermüdliches Mitwirken. Irgendwann sollten sie jedoch tatkräftige Unterstützung durch die Jüngeren erhalten. Dies gestaltet sich jedoch äußerst schwierig. Eine Aufgabe, die auch im Vorstand erkannt worden ist. In 2012 werden sich mit dieser Problemstellung unser Ortsverband wie auch der Kreisverband ernsthaft auseinandersetzen müssen.

S. Pfrogner, OV Potsdam-Süd

Zitiert:

„Wir haben mit den Ortsverbänden eine Struktur geschaffen, in der Veränderungen machbar sind, in der DIE LINKE vor Ort erkennbar und ansprechbar ist. Mit den Ortsverbänden haben wir neue Möglichkeiten Politik vor Ort zu gestalten und wir haben dies genutzt. Seien es ortsbezogene Veranstaltungen wie Ladenöffnungszeiten, oder energetische Sanierung, öffentliche Sitzungen der OV, die Teilnahme in BI, Bürgerforen zu unterschiedlichen Themen, links-historische Stadtwanderungen oder die verstärkte mediale Präsenz – sie alle gaben der Partei ein interessantes und neues Gesicht.“
(Aus dem Bericht des KV)

Neuer Vorstand gewählt und Positionen geschärft

Der Ortsverband Potsdamer Mitte der Partei DIE LINKE hat am 24.11. seine gut besuchte Mitgliederversammlung abgehalten und dabei nach dem Ende der Amtsperiode des alten Vorstandes einen neuen Ortsvorstand gewählt. Neuer und alter Vorsitzender des Ortsverbandes ist Moritz Kirchner, der auch Mitglied des Kreisvorstandes ist und der einstimmig gewählt wurde. Wiedergewählt in den Ortsvorstand wurden Leon Lenk, Matthias Lack und Thomas Seeliger. Verstärken wird den neuen Ortsvorstand Juliane Tietz, die auch im Studierendenparlament der Uni Potsdam sitzt, sowie

Hans-Otto Träger. Alle wurden ebenfalls einstimmig gewählt. In der Diskussion zu aktuellen politischen Themen wurden die Positionen des Ortsverbandes noch einmal bekräftigt. So setzen wir

uns mit aller Vehemenz für den Erhalt der Schwimmhalle am Brauhausberg samt der Gewinnung des Gesamtkomplexes mit dem ehemaligen Restaurant Minsk ein. Ein Kiezbad in Bornstedt wird als

eine praktikable Lösung erachtet, aber der Erhalt der Schwimmhalle am Brauhausberg hat Vorrang. Wir wollen, dass es auch weiterhin bezahlbaren Wohnraum in der Innenstadt gibt und wenden uns somit entschieden gegen die Abrisspläne des Blocks am Alten Markt 10 und solidarisieren uns mit der dortigen Bürgerinitiative. Und wir werden dem im nächsten Jahr absehbaren Preußen-Hype etwas entgegensetzen. Anfang des Jahres wird der Ortsvorstand in Klausur gehen und dort eine Konferenz zum Thema „Wohnen in der Innenstadt“ konzipieren.

Moritz Kirchner
Ortsverbandsvorsitzender LINKE
Potsdamer Mitte



Programmdebatte in Eiche:

Menschen im Alltag für Politik gewinnen

Weil das neue Parteiprogramm der Bundespartei DIE LINKE so wichtig ist und bereits während der Entstehung so umstritten war, diskutierten rund 15 Mitglieder des Ortsverbandes Westliche Orts- teile Eiche/Golm/Grube vor dem Bundesparteitag gleich zweimal

darüber. Besonders hoch her ging es beim Meinungsaustausch über ein bedingungsloses Grundeinkommen und über den vielseitigen Inhalt von Arbeit einschließlich des „Kümmerns“ um andere Menschen. Auch die Demokratie innerhalb der Partei und die Fähig-

keit zur sachlichen Auseinandersetzung bewegten die Gemüter. Obwohl auch nicht jeder Genosse große Lust hat, sich seitenlang durch „Politikdeutsch“ zu mühen, weckten die Debatten das Interesse am weiteren gründlichen Nachdenken. Und sie zeigten, dass

den Mitgliedern Visionen wichtig sind, aber auch die unmittelbare Auswirkung einer linken Bundespolitik auf den Alltag der Menschen.

Harald Herzel, Vorstand des Ortsverbandes

„Ich möchte den Kreisparteitag auch nutzen, mich noch einmal bei drei langjährigen Fraktionsmitgliedern zu bedanken, die in diesem Jahr ausgeschieden sind. Brigitte Oldenburg, Hella Drohla und Herbert Schlomm haben viel für die Stadt geleistet und die Fraktion wesentlich geprägt. Weil das so ist, haben wir sie zu Ehrenmitgliedern der Fraktion ernannt, und das haben sie alle drei redlich verdient. Ich freue mich, dass sich die drei Nachrückerinnen, Olga Schummel, Solveig Sudhoff und Gudrun Hoffmeister gut in die Fraktionsarbeit hineingefunden haben.“

(Hans-Jürgen Scharfenberg auf dem Kreisparteitag)



AG Cuba Sí in der Partei DIE LINKE

Seit 20 Jahren unterstützt die AG Cuba Sí das sozialistische Kuba mit der Kampagne „Milch für Kubas Kinder“. Elf Landwirtschaftsprojekte haben wir bereits erfolgreich abgeschlossen, vier Projekte realisieren wir derzeit. Für die Arbeiter/-innen der Projekte, für ihre Familien und die Menschen in der Region bedeutet diese Solidaritätsarbeit konkret: eine breite und bessere Versorgung mit Nahrungsmitteln, gute Arbeits- und Lebensbedingungen sowie den Ausbau der lokalen Infrastruktur.

Mit unserer Kampagne „Kuba muss überleben“ helfen wir Kuba außerdem im Gesundheitswesen sowie in den Bereichen Bildung und Kultur.

Jährlich schicken wir mehrere Schiffscontainer mit dringend benötigten Hilfsgütern auf die sozialistische Insel.

Die politische und materielle Solidarität mit Kuba ist Grundanliegen der AG Cuba Sí. Wir kämpfen für das Ende der menschenverachtenden US-Blockade, für die Freilassung der Cuban Five und für die Abschaffung des „Gemeinsamen Standpunktes“ der EU gegen Kuba.

Unterstützt den Gedanken der Solidarität! Bitte spendet für unsere Solidaritätskampagnen „Milch für Kubas Kinder“ und „Kuba muss überleben!“ (auch mit Dauerauftrag), Sonderspendenkonto beim Parteivorstand DIE LINKE/Cuba Sí: Kto.-Nummer 13 2222 10, Berliner Sparkasse, BLZ 100 500 00, Verwendungszweck bitte immer angeben!

Abschalten statt Neubauen

Linksjugend gegen das Staatsziel Braunkohle in Brandenburg

Nicht erst seit dem Klimacamp in Jänschwalde fordert die Linksjugend [solid] und das Klimacamp in Jänschwalde den Verzicht auf neue Kohlekraftwerke. Angesichts des öffentlichen Streits des Umwelt- und Wirtschaftsministeriums in Brandenburg bekräftigen die Organisationen erneut ihre Forderung nach einem konsequenten Umdenken in der Energiepolitik. Bis 2030 ist die Vollversorgung mit Erneuerbaren Energien für Berlin und Brandenburg möglich. „Wir fordern den Ausstieg aus der Braunkohleverstromung und wir werden an der Seite der Klimabewegung dafür streiten!“ so Marco Böhme, Aktivist der Linksjugend

[solid] „Die Brandenburger Regierung muss endlich erkennen, dass im 21. Jahrhundert erneuerbare Energien die Zukunft sind.“ Die Debatte in Brandenburg ist gerade im Schatten des „Weltklimagipfels“ in Durban absurd und provinziell. Die Verbrennung von (Braun-)Kohle ist die ineffizienteste und klimaschädlichste Art der Energieerzeugung. Der Klimawandel und die daraus resultierenden drastischen Folgen erzwingen konsequentes Handeln für die Verringerung von CO₂-Emissionen. Ein Neubau von Kohlekraftwerken, seien sie auch effizienter als ältere, zementiert diese klimaschädliche Energiepolitik für Jahrzehnte. Ein

Ausstiegsszenario ist daher dringend nötig. Schon ein sozialverträglicher Ausstieg aus der Braunkohleverstromung ist ein Kompromiss - eine ökologische Forderung wäre der sofortige Ausstieg.

Eine Vollversorgung von Berlin und Brandenburg mit Erneuerba-



ren Energien bis 2030 ist nach den Gutachten des Wirtschaftsministeriums möglich. „Das ist ein Ziel für das es sich zu streiten lohnt.“ so Böhme weiter. „Nicht umsonst haben wir im Rahmen des Klimacamps die Parteizentralen der SPD und LINKEN besetzt. Eine Regierung, die sich den Koalitionstitel – Gemeinsinn und Erneuerung – gibt und dann den Neubau von Kohlekraftwerken vorsieht ist unglaublich. Braunkohle und die Kapitalinteressen der Energiekonzerne können kein Staatsziel sein – eine dezentrale, erneuerbare, demokratische Energieversorgung schon.“, erklärt Timmo Krüger, Mitorganisator des Klimacamps in Jänschwalde. Und weiter: „Es kann nicht sein, dass in der Lausitz weiterhin Landschaften zerstört und Menschen zwangsumgesiedelt werden. Damit muss Schluss sein!“

In Schranken gewiesen

BRD vom Europäischen Menschenrechtsgerichtshof wegen Repression verurteilt

Deutschland ist schnell dabei, missliebigen Staaten Menschenrechtsverletzungen vorzuwerfen – gestern wurde es selbst verurteilt: Der Europäische Menschenrechtsgerichtshof in Strasbourg sprach zwei jungen Männern, die während des G-8-Gipfels in Heiligendamm fünf-einhalb Tage in sogenanntem Unterbindungsgewahrsam verbringen mussten, Entschädigung zu. Mit ihrer Inhaftierung habe die BRD gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstoßen.

Die Geschichte der Beiden ist exemplarisch für die Wucht, mit der im Jahr 2007 der deutsche Repressionsapparat linke Proteste gegen das Treffen der Welt-Ausbeuterelite verhindern wollte. Im Auto der Männer hatten Transparente gelegen, die „Freiheit für alle Gefangenen“ forderten. Das war eine direkte Reaktion auf die damaligen Massenfestnahmen. Die Polizei schluss-

folgerte daraus, die beiden hätten die Absicht, Straftaten zu begehen und müssten deswegen vorbeugend ins Gefängnis. Die deutschen Gerichtsinstanzen folgten dem brav, obwohl sie selbst nicht wussten, was den Inhaftierten eigentlich vorzuwerfen war. Wollten sie etwa das nächstbeste Gefängnis stürmen oder in Heiligendamm andere dazu anstacheln? Zu solchen Spekulationen merkten die Europarichter

süffisant an: „Der Gerichtshof nahm zur Kenntnis, dass die deutschen Gerichte unterschiedlicher Auffassung waren, welche Straftat die Beschwerdeführer im Begriff seien zu begehen.“ Er selbst sei »nicht davon überzeugt, dass der Gewahrsam überhaupt notwendig war.“

Die Demonstranten hatten keine Waffen dabei, sondern Transparente mit politischen Forderungen, die ein stark diskutiertes Thema betrafen – in einer Demokratie sollte das kein Grund sein, festgenommen zu werden.

Man erinnere sich an die anderen staatlichen Übergriffe von damals: Die linke Szene war im Vorfeld des

Gipfels mit Razzien überzogen worden – weil sie angeblich »terroristische Vereinigungen« gebildet hatte (während Nazibanden vom Staat gedeckt und gesponsert wurden). Bundeswehr und Polizei sicherten ein mehrtägiges Demonstrationssperrenverbot.

Der kombinierte Militär- und Polizeieinsatz war ein großes Experiment für ein Notstandsregime, das allerdings partiell scheiterte, weil sich Zehntausende dem staatlichen Allmachtsanspruch widersetzt und ihr Demonstrationsrecht erkämpft hatten. Der Gang vor die Gerichte kann das nicht ersetzen, aber taktisch hilfreich sein, wie sich jetzt zeigt. Das Strasbourger Urteil könnte dazu beitragen, die Fanatiker des Überwachungsstaates ein wenig in die Schranken zu weisen. Nötig wäre es: Eben erst hat der neue SPD-CDU-Senat in Berlin beschlossen, den dort bislang auf zwei Tage beschränkten Unterbindungsgewahrsam zu verdoppeln.

Ulla Jelpke,
innenpolitische Sprecherin der
Bundestagsfraktion der Partei
DIE LINKE (aus jW/2.12.11)



Während der Protestdemos in Heiligendamm.

Foto: C. Rutz

„Solidarisch* Laut* Stark“

Linksjugend [solid] Brandenburg zum Aktionstag in Potsdam gegen Bildungskürzungen

Anlässlich der abschließenden Lesung des Haushaltes für 2012 im brandenburgischen Landtag und der darin manifestierten Kürzungen im Bildungs- und Wissenschaftsbereich, rief das Aktionsbündnis für Bildung und Wissenschaft, zu dem auch die Linksjugend [solid] Brandenburg gehört, am 14.12.2011 zu einem gemeinsamen Aktionstag unter dem Motto „Solidarisch* Laut* Stark“ auf. Hunderte Menschen folgten die-

sem Aufruf und nahmen an den Aktionen, wie einer Demonstration um 12:00 durch die Innenstadt Potsdams und den diversen Kundgebungen teil.

„Als sozialistischer, antikapitalistischer und basisdemokratischer Jugendverband fordern wir die rot-rote Landesregierung auf, die vorgesehenen Kürzungen aus dem konsolidierten Haushalt zu streichen!“, so Charlotte Straetmanns, Landessprecherin der

Linksjugend [solid] Brandenburg. Basierend auf einem Beschluss der letzten Landesmitgliederversammlung der Linksjugend [solid] Brandenburg im November dieses Jahres, suchten Aktive des Jugendverbandes in den letzten Wochen den Kontakt zu außerparlamentarischen Organisationen und Gruppierungen, um gemeinsam der Forderung nach Verhinderung der Bildungskürzungen Nachdruck zu verleihen. Daneben trieben sie jedoch auch die Diskussionen um diese innerhalb der Partei DIE LINKE voran.

Dazu Jürgen Engert, Mitglied des Landessprecher_innenrates

der Linksjugend [solid]: „Während wir an der Parteibasis auf positive Resonanz trafen, weigerten sich der Landesvorstand und die Fraktion, die wir in einem persönlichen Schreiben kontaktierten, darauf hin zu wirken, die Kürzungen doch noch zu kippen, indem sie mit scheinbar unumstößlichen Sachzwängen argumentierten.“

Isabelle Vandr , Mitglied des Landessprecher_innenrates, ergänzend: „Ein solches Verhalten, welches zudem den Grundsätzen nach einer ausfinanzierten, sozial gerechten und emanzipatorischen Bildung widerspricht, die eigentlich Priorität sein sollten, ist vollkommen inakzeptabel!“

„Potsdam bekennt Farbe“ setzt Zeichen gegen Rechts

Etwa 350 Potsdamerinnen und Potsdamer haben am Sonnabend, 3. Dezember 2011, wiederholt ein Zeichen gegen den Rechtsextremismus gesetzt. Vom Treffpunkt am Waldstadt-Center aus gab es einen rund einstündigen bunten Aufzug, um für ein buntes, vielfältiges und tolerantes Potsdam zu werben. „Potsdam hat den Nazis in den letzten Jahren schon häufig die Stirn geboten. Es gilt, erneut Farbe zu bekennen“, schrieben der LINKE-Kreisvorsitzende Sascha Krämer, und der Potsdamer SPD-Chef

Mike Schubert in einer gemeinsamen Erklärung.

„Den Auftritt von Rechtsextremen in unserer Landeshauptstadt nehmen wir nicht widerspruchsflos hin“, sagte Oberbürgermeister Jann Jakobs, der im Namen des Bündnisses eine Ansprache hielt. „Potsdam steht für Toleranz, Offenheit und Menschlichkeit. Allen, die das in Frage stellen, werden wir immer entschlossen entgegenreten.“

Zu der Kundgebung mit Rundgang hatte das Bündnis „Potsdam bekennt Farbe“ eingeladen. Anlass



war ein Fackelmarsch von Rechtsextremisten in der Waldstadt am 9. November, dem Tag der Reichspogromnacht. Dem sollte der „Waldstadtpaziergang“ der Potsdamer den Protest gegen Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit und Intoleranz entgegen setzen. „Antifa – nicht extremistisch, sondern extrem wichtig!“ – so stand es auf einem Transparent. Die Trommlergruppe Sexta Feira spielte brasilianische Klänge und ging voran. Potsdamer Bürger, Vertreter von Parteien – vor allem der LINKEN, aber auch von SPD, den

Bündnisgrünen und Die Andere – Beigeordnete der Stadtverordnetenversammlung, Verbände und Bürgerinitiativen folgten mit bunten Luftballons und Transparenten. Anschließend spielte Drehorgel Raini, und die Freiwillige Feuerwehr Fahrland schenkte Suppe und Tee aus.

Für weitere mittel- bis langfristige Aktionen wird sich das Bündnis „Potsdam bekennt Farbe“ verständigen. Geplant ist bereits das Fest für Toleranz am 15. September 2012 in der Waldstadt.

www.potsdam-bekannt-farbe.de



„Das Wertvollste, was der Mensch besitzt...“

Erinnerungen an Walter Ruge/Von Bernd Martin

Das Potsdamer Filmmuseum war bis auf den letzten Platz gefüllt an diesem letzten November-Sonntag. Gekommen waren alle, um den am 10. November 2011 verstorbenen Genossen und Freund Walter Ruge zu ehren. Der Potsdamer Regisseur Claus Dobberke hatte eigens für diesen Anlass ein stimmungsvolles Entre gestaltet – ein letzter Freundesdienst. Auf der Leinwand das Bild des Filmteams mit Walter. Dazu russischer Gesang. Und Walters unverkennbare Stimme in russischer Sprache – Originaltöne aus der russischen Version des Films „Über die Schwelle“.

Russisch – wie oft hat mir Walter Ruge erzählt, dass er es genieße, russisch zu sprechen. Und wie haben seine Augen gestrahlt, wenn er mir (nicht immer ganz „stubenreine“) Redewendungen aus dem Moskauer Slang erklären konnte. Da konnte ich nur „gegenhalten“ mit Lermontows romantischem Gedicht vom „einsamen Segel“ – das hat ihn wiederum sehr bewegt. Ernst und locker, ruhig/sachlich und emotional, auch laut werdend, vor allem aber



Am 9. Dezember 2011 wurde Walter Ruge zu Grabe getragen... Foto: B. Martin

politisch konsequent – all das habe ich bei und mit Walter erleben dürfen. Ein Mensch, der niemals aufgehört hatte ein denkendes, widerstrebendes, liebendes und stets auf Veränderung zielendes Wesen zu bleiben – ein „homo sapiens communistae“ von Geburt an.

Das letzte Mal habe ich Walter Ruge auf seiner Geburtstagsfeier am 7. Juni 2011 getroffen. Ganze 96 hatte er „auf dem Buckel“ (O-Ton Ruge). Und Bäume ausgerissenen hätte er am liebsten noch. Doch seine Beine konnten nicht

mehr so, wie sein Geist es wollte. Aber trotz der Schmerzen hatte er wieder für jeden ein Lächeln, ein gutes Wort.

Das ist nun Erinnerung. Wenn auch nicht alles, was er zu berichten hatte aus dem „Vaterland aller Werktätigen“, dazu angetan war angenehme Assoziationen zu wecken. Seine „Lebensschau“ zum Beispiel, die unter dem Titel „Treibeis am Jennisseij“ erschienen war, über die wir des öfteren intensiv diskutiert haben. Sein gesamtes Leben in der von ihm geliebten Sowjetunion – seiner „wahren Hei-

mat“ (O-Ton Walter Ruge). Und überhaupt Alles, was mit seiner Lebensmaxime „Nichts Menschliches ist mir fremd“ Zusammenhang in seinem erfüllten Erden-dasein.

Walter ist nicht mehr. Im Filmmuseum erlebten wir ihn noch einmal in dem Film auf seiner zweiten langen Reise nach Sibirien. Und ich erinnere mich daran, wie er mir bewegt Nikolai Ostrowski in russischer Sprache zitiert hatte: „Das Wertvollste, was der Mensch besitzt, ist das Leben. Es wird ihm nur einmal gegeben, und er muss es so nutzen, dass ihn später sinnlos vertane Jahre nicht qualvoll gereuen, die Schande einer unwürdigen nichtigen Vergangenheit ihn nicht bedrückt und dass er sterbend sagen kann: Mein ganzes Leben, meine ganze Kraft habe ich dem Herrlichsten auf der Welt – dem Kampf für die Befreiung der Menschheit – geweiht.“ Walter Ruge hat so gelebt. Und auch deshalb bleiben diese Worte (aus „Wie der Stahl gehärtet wurde“, d. Red.) in meinem Kopf und Herzen, wenn ich mich in Zukunft erinnere an Walter.

Anschlag auf Verbandsauto der Linksjugend [‘solid]

In der Nacht vom 28. zum 29.11.2011 wurde in Potsdam mit vier Stahlkugeln auf das Verbandsauto der Linksjugend [‘solid] Brandenburg geschossen. Das Auto war wegen Reparaturarbeiten vor einer Kfz-Werkstatt in der Trebbiner Straße geparkt. Es wurde auf Frontscheibe, eine Seitenscheibe sowie die Karosserie gefeuert, wobei die Scheiben stark beschädigt wurden.

Auf die TäterInnen gab es bis Redaktionsschluss keine konkreten Hinweise, doch die Vermutung liegt nahe, dass der Vandalismus politisch motiviert war, da Nazis ein Verbandsauto des sozialistischen Jugendverbandes bereits in der Vergangenheit angegriffen hatten. „Früher wurden bereits Scheiben zerstört und sogar der Versuch unternommen das Auto in Brand zu setzen. Die Tat wurde damals von den ermittelnden Behörden der rechtsradikalen Szene zugeordnet.“ so Charlotte Straetmanns, Landes-sprecherin der Linksjugend [‘solid] Brandenburg.

Der Jugendverband nimmt den neuerlichen Angriff ernst. Ebenfalls sind die fünf Brandanschläge vom 27. bis zum 28. Juni auf linke Wohnprojekte, Ladengeschäfte und Jugend-einrichtungen in Berlin und Brandenburg noch gut im Gedächtnis. Diese Vorfälle zeigen die erhöhte Gewaltbereitschaft der Neonazis!

Dazu meint Michael Wolff, Landessprecher der Linksjugend [‘solid] Brandenburg: „Wir wollen nicht die Angst vor Neonazis schüren, doch die Gefahr zu ignorieren hieße die traurige Realität auszublenden! Deshalb fordern wir ein konsequenteres Vorgehen seitens der zuständigen Behörden und der Politik gegen neofaschistisch motivierte Straftaten.“

Sudoku

6	8	7	2					
4		2	6					9
8							3	
	5	3	2	1				
9		8			7			
	1	9	4	5				
7						4		
9		1	8					2
1	7	5	6					

Auflösung Dezember

4	9	6	1	2	3	7	5	8
1	7	3	6	5	8	4	9	2
5	8	2	4	9	7	1	3	6
7	2	4	3	1	9	6	8	5
3	1	9	5	8	6	2	7	4
8	6	5	7	4	2	9	1	3
9	5	1	8	6	4	3	2	7
2	4	7	9	3	5	8	6	1
6	3	8	2	7	1	5	4	9

DIE LINKE.Potsdam lässt Kinderaugen leuchten



Der Träger des Kinderclubs „Unser Haus“ hat sich an den Potsdamer Kreisverband DIE LINKE mit der Bitte gewandt, ihnen bei der Finanzierung des Besuchs einer Kinoveranstaltung in der Vorweihnachtszeit mit einer Spende behilflich zu sein. Diesem Wunsch sind wir gern nachgekommen. Vom Erlös der Spendensammlung des Filmes „Über die Schwelle“, den DIE LINKE.Potsdam zu Ehren von Walter Ruge aufführte, konnten 20 Kinokarten erworben werden.

Christa Wolf: Feinsinn, gesellschaftliches Bewusstsein und Weitblick prägen ihr literarisches Vermächtnis

DIE LINKE trauert um Christa Wolf. Mit ihr hat Deutschland, hat auch Berlin-Brandenburg eine hochrangige Literatin und Zeitzeugin sowie Akteurin deutsch-deutscher Geschichte verloren. Dafür stehen ihr Roman „Der geteilte Himmel“ und ihr engagiertes Auftreten für einen aufrichtig demokratischen Sozialismus in der Phase der gesellschaftlichen Umwälzungen in der DDR. Ihr ausgeprägtes gesellschaftlich-politisches Bewusstsein hat sich mit einem beachtlich frühen Gespür für die eskalierenden Probleme unserer industrie- und konsumorientierten Zivilisation verbunden: Sie thematisierte in dem



ihr möglich scheinenden Rahmen Umweltverschmutzung und Ressourcenverschleiß - auch und gerade unter den erschwerten Bedingungen eines begrenzten gesellschaftlichen Diskurses in der DDR. Es bleibt der Nachwelt überlassen, Christa Wolfs Biografie im Spannungsfeld zwischen Staatsnähe und kritischer Distanz zu den Verhältnissen in der DDR gerecht zu beurteilen. Das wertvolle literarisch-kulturelle Werk Christa Wolfs und ihr humanistisches Engagement bis zum Ende ihres Lebens indes bleiben in jedem Fall eine feste Größe.

Bürgerbeteiligung für Potsdamer Luftreinhalteplan für Verbraucher ändert Was sich 2012

Ab 1. Dezember 2011 konnten Potsdamerinnen und Potsdamer ihre Anregungen, Vorschläge oder Kritiken zur Fortschreibung des Luftreinhalteplans der Landeshauptstadt äußern. Der Entwurf lag bis zum 31. Dezember 2011 beim Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (MUGV), dem Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (LUGV) und in der Stadtverwaltung aus und kann darüber hinaus über das Internet eingesehen werden. Die Einwendungen werden in die weitere Erarbeitung der Fortschreibung des Luftreinhalteplans einfließen. „Eine gute Luftqualität sollte Anliegen aller Potsdamerinnen und Potsdamer sein“, betonte Umweltministerin Anita Tack (LINKE). Die breite öffentliche Beteiligung sei nicht nur gesetzliches Erfordernis sondern auch eine bürgerschaftliche Angelegenheit. Deshalb wurden verschiedene Vereine, Verbände, Behörden und städtische Unternehmen vom Umweltministerium bereits frühzeitig einbezogen. Gleichzeitig appellierte Tack

an die Bürgerinnen und Bürger, selbst etwas für die Luftreinhaltung zu tun. „Wir alle können durch unser Verhalten für ein kleines Stückchen bessere Luft sorgen, wenn wir zum Beispiel mal das Auto stehen lassen und laufen oder die Straßenbahn und das Fahrrad nutzen, keine offenen Feuer im Garten anzünden oder bei Einzelraumheizungen und Kaminen nur dafür zugelassene Brennstoffe verwenden“, so die Ministerin. Der Entwurf des Luftreinhalteplanes kann im Internet auf den Seiten des MUGV <http://www.mugv.brandenburg.de/cms/detail.php/bb2.c.478973> und der Stadt Potsdam unter www.potsdam.de sowie in den Dienstgebäuden des Ministeriums, des Landesamtes und der Stadtverwaltung eingesehen werden. Einwendungen, Hinweise und Vorschläge sind bis zum 15.01.2012 schriftlich an die folgende Adresse zu richten: Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, Referat 55, Albert-Einstein-Str. 42-46, 14473 Potsdam.

2012 müssen sich Verbraucher wieder auf viele Änderungen einstellen. Einige hat die Verbraucherzentrale zusammengestellt. **Energie:** Kunden sollen den Stromanbieter schneller wechseln können sowie in Verträgen und Abrechnungen umfassender informiert werden. Auf Haushaltsgeräten gilt dann ein EU-weites Energieeffizienzlabel, Energiefresser verschwinden nach und nach vom Markt. Ein Label auf Pkw- und Lkw-Reifen klärt über Lärm und Spritverbrauch auf. **Ernährung und Gesundheit:** In der EU verschwindet jede Menge Gesundheitswerbung auf Lebensmitteln. Spezielle Diabetiker-Produkte stehen vor dem Aus. Glutenfreie Lebensmittel sind EU-weit einheitlich zu kennzeichnen. Abgepackte Bio-Lebensmittel tragen ein EU-Gemeinschaftslogo. Legehennen auf dem Platz eines DIN A4-Blattes unterzubringen, ist künftig in der gesamten EU verboten. Besuche beim Zahnarzt werden teurer. Viele Vermieter müssen kontrollieren lassen, ob ihre Warmwasser-

anlagen frei von Legionellen sind. Das neue Jahr bringt auch die Familienpflegezeit, Pflegebedürftige bekommen mehr Geld von der Pflegekasse. **Geld:** Banken und Sparkassen müssen Überweisungen schneller erledigen. Vor einer Pfändung schützt ab 2012 nur noch das P-Konto. Für Hartz-IV-Empfänger erhöhen sich die Regelsätze. Versicherer müssen sich von unterschiedlichen Tarifen für Frau und Mann verabschieden. Künftig können alle Eltern Betreuungskosten für den Nachwuchs absetzen. Studenten und Azubis dürfen unbeschränkt verdienen – ohne Auswirkung auf Kindergeld und Kinderfreibetrag. Die Kfz-Steuer richtet sich nach einem neuen CO2-Grenzwert. Das Finanzamt erteilt verbindliche Auskünfte auch gratis. Der Beitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung sinkt. Bei Riester- und Rürup-Rente ändert sich für neue Verträge der frühestmögliche Zeitpunkt der Auszahlung.
Quelle: www.vzb.de

tips & termine • tips & termine • tips & termine • tips & termine • tips & termine • tips & termine

Montag, 09.01.2012, 14.30 Uhr: „Eine Kreuzfahrt von Alaska über Neufundland bis Südamerika“, Teil 1. Eine interessante Video-Reise mit Karl Kreutz. *
Montag, 16.01.2012, 19.00 Uhr, RASSISMUS / NEONAZISMUS | Film „Liebt mich, bitte!“ Reihe: ERINNERN „Nationalismus in Russland“, Film, Ukraine 2010 (OmU) Spartacus, Freiland Potsdam, Potsdam **
Montag, 16.01.2012, 18.00 Uhr: Podiumsdebatte aus linker Sicht über den Studiengang „military studies“. Universität Potsdam, Haus 6 Griebnitzsee, Seminarraum 03.06.S28. Referenten sind:

Jan Eckhoff (Asta-Referent zum Thema) & David Noack (studiert military studies) - beide linke.sds.pdm.
Dienstag, 17.01.2012, 14.30 Uhr: Potsdamer Stadtgespräche: „Historisches und Aktuelles“. Eine heitere und nachdenkliche Vortrags- und Gesprächsreihe für unsere Seniorinnen und Senioren mit Dr. Herbert Schlomm aus Zentrum-Ost. *
Donnerstag, 19.01.2012 18:00 Uhr: PARTEIEN & DEMOKRATIE | Diskussion / Vortrag Klarmachen zum Ändern! Die Piratenpartei in Brandenburg. Wer sind sie - was wollen sie? **
Montag, 23.01.2012, 14.30 Uhr: „Irland – die grüne Insel“ Teil 1: der Süd-Westen. Eine fotografische Rundreise um

die kleine grüne Insel, die nicht nur äußerst schön, sondern auch unglaublich vielfältig ist. Von und mit Gerald Meister und Ingrid Püschel. Im Teil 2 (21.02.2012) fahren wir die Westküste hinauf und im Teil 3 (05.03.2012) besuchen wir den teils unberührten Norden Irlands. *
Dienstag, 24.01.2012, 14.30 Uhr: „Spiel mir eine alte Melodie ...“ Jeder Jahrgang hat seinen Wein und seine Lieder – die schönsten Schlager zum Raten und Wünschen mit Gerald Meister. Die Reihe wird fortgeführt (mögliche Termine: 14.02., 06.03., 17.04., 08.05. – bitte, fragen Sie nach). *
Dienstag, 24.01.2012: 18.00 Uhr: ANTIFASCHISMUS/ERINNERUNGSPOLITIK | Diskussion/Vortrag Nazi 2.0? Diskussi-

onsveranstaltung Archiv e.V., Potsdam **
Sonntag, 29.01.2012, 10.00 Uhr: Frühschoppen „Rathausreport live“. Club 91, Kastanienallee 22d, Potsdam West
Montag, 30.01.2012, 14.30 Uhr: „Sorrent und Amalfiküste“ mit Walter Heller. *
Dienstag, 31.01.2012, 14.00 Uhr: „Musikalischer Rätselnachmittag“ mit Manfred Bischoff. *
* Seniorentreff der Dahlweid-Stiftung, in der Edisonallee, Zentrum-Ost
** Rosa-Luxemburg-Stiftung, Dortustr. 53

Neue Veranstaltungsreihe im Bürgerhaus „Stern*Zeichen“
Gesprächsrunden zu Themen der Gesundheitspolitik jeweils jeden zweiten und vierten Dienstag im Monat ab 17.00 Uhr. Hier können sich interessierte BürgerInnen zu aktuellen Fragen austauschen oder bei Vorträgen Wissenswertes zu speziellen Themenbereichen aus der Gesundheitspolitik erfahren. Die nächsten Veranstaltungen finden statt am **Dienstag, 10.01., und am Dienstag, 24.01.2012.** Bitte vormerken: 14.02., 28.02., 13.03. und 27.03.2012.